

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abo-Preis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Leipziger Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltenen Beitzelle oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerbeschäften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schätzungen nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Sämtliche der Kündigung von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Leipziger Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Gefahren der Situation.

* Leipzig, 10. Januar.

Wir haben immer betont, daß ein Sieg der Junkerschaft im Kampf um den Zolltarif das Signal zu einer allgemeinen brutalen Reaktion auf politischem und sozialem Gebiete sein werde. Nun kommt diese Erkenntnis auch anderwärts nach und nach zum Durchbruch; so hat u. a. auf dem Parteitag der württembergischen Volkspartei auch der Führer dieser kleinen Gruppe, Kammerpräsident Payer, sich in diesem Sinne ausgesprochen. Man kann darüber um so weniger zweifelhaft sein, als die Beutepolitiker aus ihren reaktionären Herzenswünschen durchaus kein Hehl gemacht haben. Außer den von ihnen zu distanzierenden Lebensmittelpreisen werden sie selbstverständlich, sobald sie können, dem Volke eine Verkürzung oder Vernichtung derjenigen Einrichtungen zumuten, die ihnen bei der Aufrechterhaltung ihrer „patriarchalischen“ Rückständigkeiten hinderlich sind. Die Freizügigkeit soll dann für die ländlichen Arbeiter eingeschränkt werden, damit diese dem Junkerparadies mit seinen als menschliche Wohnung benutzten Schweineställen, mit seiner „Schweinekloß“ und mit seinen prügelnden Rittergutsbesitzern und Guts-Inspektoren nicht mehr so leicht entlaufen können; für den Anzug in den Städten sollen Schwierigkeiten manigfachster Art gemacht und der Eisenbahnverkehr soll für die unbemittelten Klassen durch hohe Tarife erschwert werden. Die Doppelwährung mit schlechtem Gelde im Gefolge wird nicht ausbleiben und neue „Liebesgaben“ zu Gunsten der Großgrundbesitzer wird die siegreiche Mehrheit nicht verschmähen. Wahlrecht, Pressefreiheit, Gewissensfreiheit — sie werden einem heftigen Ansturm der Reaktionäre ausgesetzt sein und die Versuche, ein neues Sozialisten- oder Umsturzgesetz zu schaffen, werden sich wiederholen. Wie brutal die Agrarier auftreten, geht aus dem Boykott hervor, den sie über ganze Städte, über ganze Geschäftskreise und Erwerbsgruppen so gut wie über einzelne verhängen, weil diese in Bezug auf die Getreidezölle nicht zur Kreuze kriechen wollen. Bezeichnend ist das Cirkular des Bundes der Landwirte im Zittauer Wahlkreis, welches eine Anzahl von Geschäftsleuten ihrer politischen Gesinnung wegen in Acht und Bann erklärt. So weiß man doch wenigstens, wessen man sich bei einem Sieg der Agrarier von dieser Gesellschaft zu versetzen hat.

Die Junker hoffen, wenn sie im Reichstage eine Mehrheit für eine Erhöhung der im Tarif-Entwurf vorgeschlagenen Zollsätze erreicht haben, die Regierung vor-

wärts drängen zu können, so daß sie ganz im agrarischen Fahrwasser schwimmen müßt. Alle die habstüchtigen Träume der „Edelsten und Besten“ werden sich wohl nicht verwirklichen, aber bei einem Teil ist dies sehr gut möglich. Denn die Regierung ist schwach gegenüber dieser ammehenden Sippe. Sie hat die beim Mittellandkanal von den Junkern angestellte „Kraftprobe“ unter dem Hohngelei der Sieger schweigend über sich ergehen lassen, während sie gegen streikende Arbeiter den Zuchthausgesetz in Vorschlag brachte. Graf Posadowsky hat bei der Begründung dieses ungeheuerlichen Gesetzes die schärfsten Worte gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter gefunden, während er bei seiner Rede zum Zolltarif die alte Karlschin elegisch citierte und in einem ihrer Verse die Agrarier anslehte, sich ihr Los nicht „zu schön“ zu wünschen, denn „das Geschick in seinem Born“ könnte es ihnen zugestehen. Daraus kann man schon erkennen, was die Regierung thun wird, wenn sich eine Mehrheit nach den Wünschen der Agrarier findet — sie wird sich in ihrer Schicksal ergreifen. Denn Bülow, Posadowsky und Bodbielski sind in Bezug auf ihre Haltung gegenüber den Agrariern wohl einig und das wird den Ausschlag geben; der Reichskanzler hat ja sein agrarisches Herz bald entdeckt.

Die Gefahr ist sonach weit größer, als sie gemeinhin geschildert wird; es ist nicht die Brotverteuerung und die Gefährdung der Handelsverträge allein, was uns droht; wir haben es mit einem Versuch zu thun, uns wieder in vorangegangene zurück zu versetzen.

Unter diesen Umständen erscheint die Haltung der bürgerlichen Opposition recht kläglich. Die Demokratie, resp. süddeutsche Volkspartei nimmt zwar in ihren Beschlüssen den Mund recht voll, allein sie hat Anhänger der Getreidezölle in ihren Reihen, in Württemberg so wohl wie in Baden. Was kann Demokraten dazu bewegen, für Getreidezölle einzutreten? Doch wahrlich nicht eine ideale Zuneigung zur Landwirtschaft, sondern nur die Furcht, den irregeleiteten kleinbäuerlichen Anhang zu verlieren, der so thöricht ist, von hohen Getreidezöllen Vorteile zu erhoffen, und der nur Schaden davon haben wird. Um einen Mandanten den Karren der Beutepolitiker schieben zu helfen, das ist borniert und lächerlich zugleich. Auch beweist es eine sehr mangelhafte Psychologie. Der Bauer, der von Junkern und Prochen und Pfaffen um seine Gunst umschmeichelt wird, ist misstrauisch von Hause aus. Er hat gesehen, wie das Junkertum von der Demokratie bekämpft wurde; sieht er nun, daß die lebhafte sich auf die Seite der Junker schlägt, so denkt er eben an Bauernfängerrei und mit Recht. Dann kann es kommen, daß er,

um sicherer zu gehen, doch lieber den Junker selbst wählt, denn wenn der Bauer doch einmal Getreidezölle haben soll, dann ist ihm der Junker dafür eine sicherere Bürgschaft als der Demokrat. So kann der Demokratie eine böse Saat aufgehen, denn wenn die demokratischen Jönnner auch nur eine Minderheit ihrer Partei bilden, so wird dies schlechte Beispiel denn doch korrumpernd genug. Daß die Nationalliberalen keine feste Haltung einnehmen würden, war vorauszusehen, da die Partei in der Zollfrage gänzlich gespalten ist. Aber es bleibt doch bezeichnend, daß Herr Bassemann, der Führer des „linken Flügels“ dieser Partei, als er jüngst zu der Zollfrage sich äußerte, auch mit einer gewissen „Gottgegebenheit“ sich nun in ein unabänderliches Schicksal zu fügen schien. „Wie Gott will — ich halte still!“ Herr Bassemann war, wenigstens hat er es versichert, bisher immer Gegner von Ausnahmegesetzen und Wahlrechtsverschlechterungen. Sollte sein politischer Verstand nicht so weit reichen, daß er begreift, wie ein Sieg der Agrarier in der Zollfrage unsere bürgerlichen Rechte und Freiheiten dringend gefährdet? Aber Herr Bassemann thut, als ob er von allem nichts sähe; er findet seinen einzigen Trost darin, daß die Sache recht lange, bis zu den nächsten Wahlen, dauern wird.

Das ist doch eine so schwächliche Haltung, wie man sie sogar kaum von einem Nationalliberalen erwarten könnte! Auch kein Funke von einem Drang nach Widerstand, sondern rührende Ergebung! Wozu die Leute eigentlich Politiker geworden sind!

Was früher so oft als ein Ziel der politischen Entwicklung unseres Landes vorhergesagt wurde, ist mit überraschender Schnelligkeit eingetreten. Die Mittelparteien haben bei uns keine entscheidende Rolle mehr. Der Hauptkampf wird zwischen den Vertretern des revolutionären und des reaktionären Princips ausgefochten und in diesen Kampf kann sich der schwächliche Liberalismus gar nicht mehr hineinwagen. Nur Sozialisten und Agrarier kann in Wirklichkeit um den Sieg; die Mittelparteien werden mehr hin und her geschoben. Im Kampfe zwischen den sozialistischen und den konservativen Elementen schlägt sich das Centrum auf Seite der lebhaften und die Sozialdemokratie allein setzt dieser reaktionären Phalanx noch Widerstand. Wer in diesem Kampfe siegen wird, das muß ja die Zukunft zeigen. Wenn die Junker siegen sollten, so wird es ihnen nicht leicht werden, dessen können sie gewiß sein. Aber sie werden auch des Sieges nicht froh werden. Denn sie spannen den Bogen zu straff und er wird springen. Es kann ein gebildetes und in so weiten Schichten freiheitsliebendes Volk die Misshandlungen einer Kräfte nicht auf-

Seuilleton.

Moderat verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Um unteren Ende des Tisches saß Entier Erikken, klein, kurzbeinig und mit einem unformlichen Bauch, der, wie man sich erzählte, von einer komplizierten Maschinerie zusammengehalten wurde, von einem an stählernen Hakenträgern befestigten Ringpanzer. Diese Eigentümlichkeit hatte ihm unter den Brüdern den Namen Luxusbauch verschafft.

Dann folgte der Stadtkaufmann Lassen. Und an der linken Seite des Vorsitzenden Zollkontrolleur Knapsted. Lassen war groß und gut gewachsen mit einer königlichen Nase und wasserblauen, ein wenig vorstehenden Augen. Knapsted war kleiner, kurzbeinig und breit in den Schultern, gleichsam verdichtet. Sein grauhaariges Kopfhaar war kurz und struppig. Der rotbraune, buschige Vollbart wuchs ihm fast bis unter die Augen. Und aus seinen Nasenlöchern und Ohren guckten dicke Haarbüsche hervor. Die Augenbrauen waren mächtig und nach oben geschweift. Und seine Hände waren bis auf die Finger hinab behaart. Diese ganze Haarsülle verlieh ihm ein hartes und unzugängliches Aussehen. Und im Geheimen nannten ihn die Brüder: Esau. —

So sah die Versammlung der „Fremden“ aus.

Als alle sicher zu Platz gekommen waren, erhob der Vorsitzende, Herr Heilbunth, seine gewaltige Hand, deren

Zünger aussahen wie Terpelinwürste. Und Emanuel stellte geschickt eine Flasche Rotwein vor jedes Couvert.

Die Gläser wurden gefüllt.

Die Vokale wurden geleert.

Und der Hummer wurde herumgereicht.

Es war eine wahre Augenlust, die Gründlichkeit und den Ernst zu beobachten, mit dem diese ehrenbürdigen Greise zu Werke gingen. Es war, als dienten sie einer Gottheit. Andachtsvoll wurde der Eßig auf die Opferküche gegossen. Der Pfeffer schwieb herab wie Weihrauch. Und schweigend verzehrte man geröstetes Brot mit Butter dazu.

So haben gewiß die ägyptischen Tempelpriester verzehrt, was das gläubige Volk von den Erstlingserzeugnissen des Landes für Isis und Osiris auftrug. —

Nach und nach aber wurde das Schweigen abbrochen. Glas auf Glas glitt hinunter. Und die alten Augen fingen an zu leuchten, während die dicken Zünger die gefüllten Flaschen umklammerten.

„Die Tauben!“ brummte der Luxusbauch. „Reichen Sie mir die Tauben!“

„Lamm! Lamm!“ rief Esau. Er glich einem Menschenfresser in Funktion. Und alle seine Haarbüsche bewegten sich.

Fabrikant Nössel und Oberlehrer Clousen griffen jeder nach einer Scholle. Und Redakteur Heilmuth ab blutigen Kinderbraten.

Stadtsekretär Lassen aber, der ein Ledermaul war, hielt sich an die kleinen Schalen.

Thomson lief wie ein Taschenreisender seitwärts und geschäftig rund um den Tisch herum und setzte mit seinem langen Arm neue Flaschen hin.

Der Humor war im Steigen, und die Stimmen

wurden laut. Man trank sich zu, pustete sich mit dem Ellsbogen in die Seite und fing an, einander mit längst verjährten Jugendhorheiten zu nennen.

„Du, Lassen,“ rief Fabrikant Nössel dem Stadtsekretär quer über den Tisch zu — „kannst Du Dich wohl noch der französischen Marie mit der Hasenscharte erinnern?“

Lassen bekam den Kaviar und den Portwein in den verkehrt Hals, so daß Zollkontrollleur Knapsted ihm klopfen mußte.

„Ho, ho!“ grunzte der Redakteur, der Schweiz perlte ihm unter dem weißen Haar von der Stirn. „Das war bei Markussen in der Bileallee!“

Es war hier im Städtchen von jeher Sitte gewesen, in die Hauptstadt zu reisen, wenn man über die Stränge schlagen wollte. Und an dieser Sitte hielt man auch jetzt noch fest.

„Ja,“ sagte Lassen, der sich wieder besonnen hatte — „das war Almo zweihundertsig, mein Junge!“ Und er schnalzte mit der Zunge in Erinnerung der schönen Zeiten.

„Ja, und da kommtst Du Deine lange Nase, Stadtsekretär!“ sagte Nössel.

„Ho, ho!“ grunzte der Redakteur von neuem. Er war nämlich mit dem Mädchen durchgebrannt. — „Ja, das waren noch Zeiten!“ sagte er. „Da war man noch elastisch!“

„Wir sind, hol mich der Teufel, noch ganz tüchtige Kerle,“ meinte der Luxusbauch.

„Weiß Gott, das sind wir, Erikken!“ rief der Redakteur. „Prost, Du alter Couponabschneider!“

„Prost, — Du Ithinozeros! Du stinkst!“

„Was thue ich?“

„Ich sage: Du stinkst! Geradejo wie Deine Zeitung. Die Deuderschwärze, die Du brauchst, taugt nichts!“

die Dauer ertragen und darum wird auf den Sieg der Agrarier ein Rückschlag eintreten, der ihnen den Boden unter den Füßen entzieht.

Aber noch haben sie den Sieg nicht und es ist noch Aussicht gering vorhanden, daß sie ihn überhaupt nicht haben werden.

Politische Übersicht.

„Für die Witwen und Waisen!“

In der ersten Sitzung der Bolltaristkommission, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten, hat Herr Spahn im Namen des Centrums einen Antrag eingereicht, demzufolge der Mehrertrag der Zölle zu einer Versicherung der Witwen und Waisen verwendet werden soll.

Damit ist der ungeheuerliche politische Schwundel, der bisher bloß in den Nieden einzelner Centrumsdemagogen geblieben ist, zu einem unerheblichen Glied der christlichen Prototypenwelt geworden. Unter den Argumenten für die Versteuerung des Brotes tritt neben den geschilderten Strohdächern der nohsiedenden Agrarier das Bild der hungernden Witwen und Waisen. Mit widerlicher Henschelei wird man denen, die nicht alle werden, eingeredet versuchen, daß ja alles nur für die armen Witwen und Waisen geschehe! Was soll auch gegen eine Bolltarist einzubinden sein, deren Extraktus dazu verwendet werden, den Armuten der Armen zu helfen? Was das Centrum thut, thut es ja doch nur aus puren christlichen Nächstenliebe und geistlichen Mäßigkeit. Es ist zu rührend!

So wenigstens wird es in den Verhandlungen und in der Centrumpresse scheinen. Aber das Centrum hat ebenso gut zwei Gesichter wie der Bettelmönch, der ganz anders aussieht, wenn er gebenechtend vor der Thür steht, ganz anders, wenn er im verschwiegenen Klosterkeller die Wein probiert. Das Centrum weiß so gut wie wir, daß die Verknüpfung der Bolltaristvorlage mit der Witwen- und Waisenversorgung vom Standpunkt der Gelehrten- und Technik ein Unding ist, und es sollte ihm nicht ein, zu erwarten, daß sein Vorschlag von der Reichsregierung ernst aufgeschaut und — selbst wenn er angenommen wird — ernstlich durchgeführt würde. Die Witwen- und Waisenversorgung ist ein großes und schwieriges Gesetzgebungsproblem für sich, für dessen Durchführung es keine Garantie gibt, als die vollendete That.

Zudem wird es ganz unmöglich sein, die Mehrerträge der Zölle, die sich aus der Geltung dieses neuen Bolltarists ergeben würden, zahlengemäß festzusehen. Dazu wäre die umfangreichste Berechnung nötig. Die Beteilige, die von jedem einzelnen Bolltaristobjekt eingehen, müßten in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine (die Differenz zwischen altem und neuem Bolltarist) als Zweckteuer einer besonderten Kasse zugeführt werden müßte. Auf einen solchen Vorgang würde aber — von seiner lächerlichen Unständlichkeit abgesehen — die Reichsregierung nicht eingehen, weil er eine Verkürzung ihrer sonstigen Einnahmen bedeuten würde. Denn die Erhöhung der Zölle vermindert zugleich die Einfuhr; will das Reich also nicht verkürzt werden, so muß es dann von dem einzelnen Bolltaristobjekt mehr einnehmen, als früher.

Dazu kommt aber noch eins. Die Versteuerung der Lebensmittel bedeutet für die arbeitenden Massen eine ungeheure Vermögenskonfiskation, von der nur ein kleiner Teil in Form von Zöllen dem Reiche, der weitansgrößere aber in Form von Preisabschlägen den Agrarier zu gute kommt. Gibt es also vielleicht irgend eine Möglichkeit, den Mehrertrag der Zölle gewissermaßen dem Volke rückzuvergütten, so ziehe das doch nur mit Schädeln nehmen, um mit Wölfeln zu geben. Damit die Witwen und Waisen ganz bestimmt ausgehungert werden können, wird ihnen zum Entgelte dafür mit höchster christlicher Salbung ein Notgroschen — versprochen!

Eine solche Politik der demagogischen Volksbeschwindelung richtet sich selbst!

Deutsches Reich.

Parlamentsbericht.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 9. Januar. Im Reichstage wurde heute bei mäßig belebtem Hause die erste Lesung des Etats fortgesetzt. Das Centrum hofft, da Dr. Lieber durch seinen schwankenden Gesundheitszustand noch immer an der Wiederaufnahme seiner parlamentarischen Tätigkeit verhindert ist, Herrn Dr. Bachem als Etatsredner vorgeschickt. Herr Bachem schlug an seine Brust und versicherte emphatisch, das Centrum habe immer auf

„Gib ihm eine Maulschelle!“ rief der Redakteur. — „Gib ihm eine Maulschelle in meinem Namen, diesem Zeitwanst!“ Über sein Gesicht wurde doch noch einen Schatten röter. Die Druckerschwärze war sein wunder Punkt.

Und dann schlug Oberlehrer Clausen an sein Glas. Er war der Redner des Vereins.

„Brüder!“ begann er. „Das Leben ist ein Jammerthal.“ —

„Unsinn!“ brummte der Stadtsekretär Lassen.

„Halts Maul, Du Kameel!“ sagte der Oberlehrer. — „Ein Jammerthal!“ wiederholte er ostentativ.

„Aber wir haben einen Winkel gefunden, wohin der Jammer nicht zu dringen vermag!“

„Hört! hört!“

— „Und wer ist es, der uns einmal über das andere wieder in diesen herrlichen Winkel hineinzieht? Das ist unser stolzer wohlproportionierter Vorsitzender!“ (Hier legte Heilbunth leise Messer und Gabel nieder.) „Er ist die treibende Kraft unserer Bruderschaft!“

„Seine Druckerschwärze stinkt!“ murmelte Grissen.

— „Und obwohl man mit Zug und Recht von ihm sagen kann, daß er Tag aus, Tag ein in drückenden Verhältnissen sitzt — —“

„Das war brillant, Clausen! Ganz brillant!“

Der Oberlehrer lächelte selbstbewußt.

— „in drückenden Umständen, so denkt er doch, so wie der felige Horaz, immer nur daran, zu nühen und zu erfrenen! Habe ich nicht recht?“

„Ja, aber seine Schwärze stinkt — —“

„Halt jetzt den Mund, Grissen, und los den Unsinn!“

— Was würde ohne ihn wohl aus uns werden, ohne ihn, diesen Ritter sans peur et sans reproche, frage

eine Verminderung der Ausgaben hingewirkt, dabei aber nicht die gebührende Unterstützung der Nationalliberalen gefunden. Auf welche Kreise will der spießige und prüfende Herr mit solchen Entdeckungen wirken? In der China-Expedition findet Herr Dr. Bachem alles ehrenwert, höchst ehrenwert; nur — ein bisschen kritisch macht auf die Centrums-Wählerkreise immer noch einen guten Eindruck — mit der Begnadung der Pelinger astronomischen Instrumente vermag auch er sich nicht zu bremsen. Und da es ja ungefährlich ist, verlangt er, daß die Sachen aus dem Garten von Sandouci in die chinesische Heimat zurücktransportiert werden. Weiterhin polemisierte der Centrumsredner gegen die Labandsche Verurteilung der Frankenstein-Mausel und freute sich der Abschaffung Chamberlains und des Dreibunds.

Auf einige Aneuerungen Bachems über die postalischen Staatsüberlebungen erwiderte Herr Kracht, der zum erstenmal als Staatssekretär des Reichspostamtes im Reichstag sprach. Seine ziemlich belanglosen Ausführungen ließen darauf hinzu, daß die Mindereinnahmen der Verbilligung des Verkehrs und den im vorigen Jahre erfolgten Briefpost- und Fernsprechgebühren-Ermäßigungen sowie der Erhöhung der Beamtengehälter zuzuschreiben seien.

Mit den Bülowischen Chamberlain-Aneuerungen war auch Abg. Richter, der Sprecher der freisinnigen Volkspartei, einverstanden. „In nationalen Fragen sind alle Deutschen einig“, meinte Herr Richter, der gewissen Autoritäten von Zeit zu Zeit gern Reverenz erweist. Auch der Dreibund fand in Richter einen Verteidiger, der fast wärmer sprach als gestern Herr von Bülow. Den Ursachen der vom Reichskanzler gestern zur Schau getragenen auffälligen Gleichmäßigkeit dem Dreibund gegenüber suchte Abg. Richter nachzuhelfen, ohne zu einem bestimmten Resultat zu kommen. Dann ging er zum leidlichen Teil seiner Rede über, und hier fand der tüchtige Gladbecker manch treffendes Wort über das Fiasko der Thielmannschen Finanzpläne, über die Politik dieses immer jovialen Herrn von Thielmann, dessen sorgloses Vätheln zu sagen scheint: „Mein Element ist heil're, sanfte Freude, und alles zeigt sich mir in rosenfarbenem Licht.“ Nur schade, daß der Schatzsekretär mit seinen rosigem Prophezeiungen immer so komisch hiecheinigt, wie noch zuletzt beim Flottengeb. Nach dem Militär- und dem Marinetal wurde besonders der Kolonialstaat durch den freisinnigen Redner scharf kritisiert, und in amüsanter Weise und doch mit treffendem Spott wies er die Unfruchtbarkheit der ostafrikanischen Eisenbahnbauten und -Projekte, der Usambaba und der Centralbahn, nach. Nichtsdestotrotz fanden sich zu den finanziellen Seite. Er schloß mit einer scharfen Ablehnung der vom Schatzsekretär angedrohten neuen Bier- und Tabaksteuern und forderte gegenüber der Verfaßungswirtschaft: „neuen Kurses Rückkehr zu sparsamer Finanzgebung.“

Abg. von Nordorff, der ewig aufgeregte Führer der Reichspartei, sang dem Graf Bülow, diesem vorläufigen Schatzkunde agrarischer Gunst, ein Loblied ob seiner gefrischen Rede, lobte auch den neuen Kurs, der sich endlich der landwirtschaftlichen Not annimmt, und entzückte sich natürlich für die Polenpolitik der preußischen Schneidigkeit. Überhaupt machte Herr von Nordorff weniger denn je aus seinem Herzen eine Mördergrube; ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie verlangte er frisch-fröhlich und eine Vorlage zur Beschränkung der Freizügigkeit. Die Linke nahm diese Bekennnis einer schönen Seele mit dem gebührenden Höhngelichte auf.

Zum Schlus kam noch Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung zu Worte. Auch er hatte einiges an der Finanzpolitik des Reiches anzufügen, ohne etwas Neues zu bieten. Morgen soll die erste Etatsberatung fortgesetzt werden.

Aus dem preußischen Landtage.

H. Berlin, 9. Januar. Das Abgeordnetenhaus wählte heute sein bisheriges Präsidium wieder und hörte sodann eine zweistündige, die Etatsberatung einleitende Rede des Herrn v. Rheinbaben an. Oder besser gesagt: die Herren hielten ihr Mittagschlößchen, während der Minister im Schweize seines Angesichts trodene Zahlen und immer wieder Zahlen vorlas. Eine interessante Rede hat wohl niemand von dem neuen Minister erwartet, aber etwas weniger langwiliig hätte selbst Herr v. Rheinbaben sein dürfen. Es ist der erste Etat, den der Nachfolger Miquels einbringt, und zugleich auch seit Jahren der erste Etat, der bei den Einnahmen aus fast allen Zweigen der Staatsverwaltung Windererträge aufzuweisen hat, was angeblich der wirtschaftlichen Krise nicht wunder nimmt. Viel Aufhebens machte der Minister von den angeblichen Aufwen-

ich Euch? Wenn wir kurz daran sind, zu vergehen vor Langeweile und Ehegattin — —“

„Bravo! Bravo!“

Der Oberlehrer lächelte von neuem.

— „vor Langeweile und Ehegattin, da entsendet er seinen Knappen, Herrn Thomsen, damit dieser an unsere Thüren pocht — —“

„Seine Schwärze stinkt — —“

„Und wir umgütern uns mit unserem festlichen Gewande und folgen freudig seinem Ruf! — — Ach, Schnapstedt, kannst Du nicht aufhören, fortwährend mit dem Messer auf den Tisch zu klopfen?“

Der Jöllner hatte dagefressen und unaufhörlich den Takt zu des Oberlehrers Rede gehämmert, drei lange Schläge und zwei kurze: dum, dum, dum — dum dum! dum, dum, dum — dum dum! Jetzt hielt er inne; aber seine Haarbüschel standen zu Berge.

Ein wenig matt fuhr Clausen fort:

„Meine Absicht war, wie Ihr es wohl alle längst erkannt habt — —“

„Seine Schwärze stinkt — —“

„Nein, es ist ja ganz unmöglich, dabei eine Rebe zu halten!“

„Jetzt sollst Du aber wirklich, hol mich der Teufel, das Maul halten, Grissen!“ sagte der Stadt klassierer und zog seinen Nachbar an den Kopf.

Der Luxusbauch lachte, so daß er sich schüttelte. Er war ein wenig bezicht.

Und abermals legte der Oberlehrer los.

„Meine Absicht war, Sie alle zu bitten, mit mir ein Glas auf unseren ausgezeichneten Vorsitzenden zu leeren!“

„Seine Schwärze stinkt!“

(Fortsetzung folgt.)

dungen für Kulturzwecke, und ganz besonders war er des Lobes voll über die Einsetzung einer Position für die Stelle eines Wohnungsinpektors in Düsseldorf. Ein einziger Wohnungsinpktor in ganz Preußen! Der Minister hätte besser gelhan, davon zu schwiegen, denn es ist geradezu beßäumend, daß der größte deutsche Bundesstaat in Bezug auf die Wohnungsteuer an der letzten Stelle marschiert. Zu übrigen war die Rede frei von allgemeinen politischen Bemerkungen, wenn man von einem Ausfall auf die Polen denkt. Der eigentliche Kampf gegen die Polen wird am Montag beginnen, wo zwei dies Thema behandelnde Interpellationen zur Besprechung stehen. Erst nach Erledigung dieser Angelegenheit wird der Etat beraten werden.

Das Herrnhaus nahm drei Gesetzesvorschläge, dorunter die lex Adicess, ohne Debatte an und trat hierauf in die Besprechung der Interpellation des Grafen v. Schlieben:

1. Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitersfamilien, die im letzten Decennium aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach dem Westen verzogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre früheren Heimatkreise zurückzufahren, aus Mangel an Mitteln hierzu jedoch nicht im Stande sind?

2. Ist die königliche Staatsregierung bereit, solchen Familien behufs Rückwanderung behilflich zu sein?

Der Interpellant berücksichtigte, daß zur Milderung der Leidnot auf dem Lande diejenigen Arbeiter, die früher nach dem Westen ausgewandert sind und gern in ihre Heimat zurück wollen, aber kein Geld für die Heimreise haben, unentgeltlich auf der Bahn befördert werden. Er vergißt nur, daß es wenige Leute gibt, die sich nach der Kleinstadt, der sie entflohen sind, zurücksehnen. So selig sind denn die Gefüle Ostelbien doch nicht, daß verunsicherte Arbeiter sie aufsuchen. Graf v. Schlieben stöhnt übrigens mit seiner Anregung auf den lebhaftesten Widerspruch seiner eigenen Freunde; ein Teil von ihnen will von einer Beförderung der im Westen thätigen Arbeiter nach dem Osten überhaupt nichts wissen aus Fürst, diese Leute könnten in ihrer Heimat Propaganda für die sozialdemokratischen Ideen machen. Solche „Heiter“ wollen sie sich gern vom Leibe halten. Ein anderer Teil ist dem Rücktransport nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß die Arbeiter dauernd in Ostelbien gefesselt werden, nicht etwa durch menschenwürdige Behandlung und auskömmliche Löhne, sondern durch Aufhebung der Freizügigkeit. Ein echt agrarisches Rezept. Auch die Regierung will der Anregung des Interpellanten keine Folge leisten, einmal aus fiskalischen Gründen, weil sie einen Ausfall an Eisenbahnneinnahmen befürchtet, und zweitens weil ihr überhaupt nicht bekannt ist, daß der Wunsch nach Ostelbien zurückzulehnen, in weiten Kreisen besteht. Letzteres dürfte wohl auftreten. So verließ denn die Interpellation wie das Hornberger Schießen. Die „Herren“ haben sich gegenseitig ihre Schmerzen geklagt, sie haben ihr Herz ausgeschüttet und die Sache bleibt wie sie ist.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich erst im März statt.

Dr. Sigl +

Eine der originellsten Gestalten des politischen und publizistischen Lebens hat das Heilige gesegnet: der bekannte Dr. Sigl ist gestern mittag in München gestorben.

Sigl war ein gebürtiger Urbauer, und Zeit seines Lebens hat er die naturnahe Eigenart seiner Heimat dem alten Stammes-eigentümlichen nivellierenden modernen Zeitgeist gegenüber mit derber Bähigkeit gewahrt. Die neue Zeit verlor sich für ihn in dem Preußenland, das er mit einem ehrlichen, leidenschaftlichen Haß verfolgte und gegen das er oft grob oft sehr geschliffenen Weise seiner journalistischen Thätigkeit richtete. Ein Tagesschriftsteller von der jetzt allmählich aussterbenden Gattung der journalistischen Charaktere, der Görres, Ruge, Guido Weiß etc., die alle ihre Art und Umar ohne Rückblick und Menschenfurcht ausloben, ist er zeitlebens ein politischer Eingänger und Eigenbrüder geblieben, der gleichwohl durch die Originalität seiner Feder eine beträchtliche Lesergemeinde um sich zu sammeln und zu halten wußte und eine Zeitlang in Bayern eine wirkliche politische Macht wurde. Nach dem tragischen Ende Ludwigs II. fürchtete man in „möglichen Kreisen“ Münchens ein bedrohliches Auftauchen der partikularistischen Stadtmünnungen, ja vielleicht eine Erhebung der oberbayerischen Landbevölkerung. Damals trat Dr. Sigl wider Erwarten des Hofes für die Regelung der Thronfolge in dem Sinne, wie sie jetzt feisteht, ein und man legte ihm — er erzählte es gerne selbst — damals von hoher Seite nahe, sich „eine Gnade zu erbitten“. Sigl lehnte dieses Anstossen bestimmt ab, ließ jedoch den Wunsch durchblicken, daß es ihm lieb wäre, wenn er in Zukunft mit Majestätsbeleidigungsprozessen verschont würde. Dies konnte ihm zwar nicht formell zugesagt werden; doch ist es Thatsache, daß seitdem kein Staatsanwalt mehr gegen ihn eingeschritten ist. Vorher war er mehreren zu harten Gefängnisstrafen wegen Beleidigung des Königs von Preußen, dem er demonstrativ den Kaiserstitel versetzte, verurteilt worden.

Nächst den Preußen übte Sigl seine unermüdliche Kampfslust am Centrum, nicht zum wenigsten am bayerischen Centrum, dessen Verprellung er mit unvergleichlichem Spott und kaltem Hohn, mit täglich stets neuen Wendungen, demunzierte. Es gab eine Zeit, wo er dem bayerischen Centrum wirklich gefährlich zu werden drohte; das war damals, als er sich dem bayerischen Bauernbund näherte und im Kehlheimer Wahlkreis als Gegenkandidat des Centrums auftrat. Sowohl unterlag er in der Stichwahl 1892 mit wenigen Stimmen Minorität; doch wurde er 1893 in den Reichstag gewählt. Damals hatte er die gesamte Centrumsmeute hinter sich, und doch erwehrte er sich mit Erfolg aller seiner Gegner. Aber die Wahl in den Reichstag sollte ihm doch verhängnisvoll werden: er konnte sich dort nicht zur Geltung bringen, und wurde von den alten partikularistischen Dingen des Centrums nach allen Regeln der Kunst unterdrückt. Sein Aufstreben bei mehreren Gelegenheiten, z. B. bei der Umsturzvorlage, war übrigens nicht ungünstlich. Als er sich vollends mit den übrigen Führern des Bauernbundes überwarf, war seine politische Rolle bald zu Ende gespielt. Zimmerman blieb sein Platz, das Bayerische Vaterland, nach wie vor ein journalistisches Kulturf.

In den letzten Jahren war er merlich stiller geworden; man sprach von einem Entmündigungsverfahren, das gegen ihn eingeleitet worden sei. Jedenfalls hatten herbe persönliche Erfahrungen in seiner Familie — sein einziger Sohn war plötzlich eines jähren Todes gestorben — seine Kraft gebrochen.

Das Centrum verliert in ihm einen grimmig gehaschten und ernstlich gefürchteten Gegner, die deutsche Publizistik ihr letztes bedeutendes Originalgenie.

* **Berlin, 10. Januar.** Im preußischen Stat für 1902 werden die Staatsausgaben auf 2614167144 M^r, die ordentlichen Ausgaben auf 2467457174 M^r und die außerordentlichen Ausgaben auf 146700970 M^r. veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag für 1901 vermindern sich die Einnahmen und Ausgaben um 84847462 M^r. Die Minderausgabe resultiert aus dem Mehrbedarf des Ordinariums um 35654872 M^r. und dem Minderbedarf des Extraordinariums um 70501834 M^r. bei den staatlichen Betriebsverwaltungen. Im Ordinarium zeigt sich ein Minderüberschuss von 36374529 M^r. Davor entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 32779769 M^r. (Minderentnahmen 24697620 M^r, Mehrausgaben 8082149 M^r). Die Überweisungen vom Reich sind um 14999050 M^r. der Matrinalarbeitrag ist nur um 453425 M^r. niedriger eingestellt.

Unter den Staaten der einzelnen preußischen Provinzen balanciert die Eisenbahnverwaltung: Ordentliche Einnahmen 413961520 Mark, dauernde Ausgaben 888760529 M^r, außerordentliche Einnahmen 2366000 M^r, außerordentliche Ausgaben 91640500 M^r. Der preußische Eisenbahndienst enthält unter den dauernden Ausgaben den Anteil Hessen an den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Verwaltung mit 10512691 (im Vorjahr 1118455) M^r. Das Extraordinarium enthält zur Herstellung und Verbesserung von Weichen und Signalstellwerken eine kleinere Rate von 2500000 M^r, Herstellung von elektrischen Sicherungsanlagen eine kleinere Rate von 100000 M^r, zur Vermehrung der Betriebsmittel in Preußen 3700000 M^r. und in Hessen 755000 M^r. Geplant ist die Beschaffung von etwa 250 Lokomotiven, 550 Personenzügen und 3650 Gepäck- und Güterwagen.

Beim Kultusstat ist in das Ordinarium eingestellt ein Zuschuss für die Universität Münster von 364842 M^r, da in Aussicht genommen ist, die dortige Akademie durch Angliederung einer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu einer Universität auszustalten. Für die Universität Münster sieht das Extraordinarium 77000 M^r vor.

Eine gestern dem Reichstag zugegangene Eingabe des Handelsvertragsvereins fordert zur Belebung der Lage der Landwirtschaft die Veranstaltung einer parlamentarischen Enquete mit öffentlichem, contradiktiorischem Verfahren. Die Eingabe weist darauf hin, daß selbst innerhalb der kleinbäuerlichen Kreise, besonders aber in Pommern, Oldenburg, Thüringen und im südlichen Bayern und auch sonst sich der schärfste Widerstand gegen die agrarischen Befordernungen geltend macht.

Das Strafverfahren gegen den Chefredakteur Nöbner von der National-Zeitung und gegen den Rechtsanwalt Horn in Jüterbog wegen vorzeitiger Veröffentlichung von Urteilstexten im Probst-Prozeß ist nach der Vossischen Zeitung von der Beschlusskammer des Landgerichts I Berlin eingestellt worden.

Die Deutsche Tageszeitung über die Aussichten des Zolltarifs. An der Spitze ihres heutigen Morgenblattes und mit durchschöner Schrift bringt die Deutsche Tageszeitung einen Artikel, der auch ohne besondere typographische Hervorhebung auffällig genug wäre. Das Herz ist nämlich den Herren Agrariern vollständig in die Hände gefallen. In allen Reichstagskreisen, so jammert herzbrechend ihr Organ, würden die Aussichten des Zolltarifwurfs recht pessimistisch beurteilt und man könne nicht sagen, daß diese Urteile unbegründet wären. Noch vor der Schlacht steht Herr Dertel die Niederslage voraus und trummt zum Kriegsrat. Die Taktik, die er vorschlägt, läßt sich nur mit den Worten kennzeichnen: „So frech wie möglich.“ Die Säcke des Zolltarifs sollen verschärft und dann der Versuch gemacht werden, die geschlossene Schlachtkette der Opposition durch den rücksichtslosen Gebrauch einer zu diesem Zwecke abgeänderten Geschäftsaufordnung zu durchbrechen.

So verwogene Pläne schmiedet nur die Verzweiflung. Rüchterne Freunde werden Herrn Dertel zu verstehen geben, daß er vor Angst phantasiere.

Diejenigen aber, die Herrn Dertels Angstschweiss nicht zu Mindeid stimmt, werden sich vernünftigerweise sagen müssen, daß man dem Spiel ein Ende machen sollte. Wissen die Herren, daß aus dem Zolltarif nichts wird, wozu ihm zuliebe so viel schöne Zeit verplempern? Wozu die Dual des langsame Erwürgens, wo ein freiwilliges Sterben in Schönheit möglich ist? Zu den Orteln mit dem Brotwucherarif — aber rasch!

Die argentinischen Freihändler. Zur Befreiung des Abg. Singer: Ministerialbeamte, die in Argentinien Güter befähigen, hätten den Zolltarifentwurf in freihändlerischem Sinne beeinflußt, gibt die Kölnische Zeitung folgende Auskunft:

Ein längst verstorbener, hochbedeutender rheinischer Großindustrieller hat vor vielen Jahrzehnten als einer der ersten die große Bedeutung und Entwicklungsfähigkeit Argentiniens erkannt, dort eine umfassende Farm errichtet und sie einem seiner Söhne zur Bewirtschaftung überwiesen. Vater und Sohn sind inzwischen längst gefordert, und der Sohn ist, soweit wir wissen, gemeinsames Familieneigentum geworden. Einer der Väter und seines Mitgentümers ist in der That ein in den letzten Jahren viel genannter, besonders tüchtiger Ministerialbeamter, der aber auch nicht das allergrößte mit dem Zolltarif und der Zolltarifvorlage zu thun hat.

Es bliebe also nur mehr zu untersuchen, ob nicht vielleicht der heimische Grundbesitz hochgestellter Persönlichkeiten den Zolltarif in schußzöllicherischer Sinne beeinflußt hat.

Bernhardi-Hoenig. Gegen den schneidigen Generalmajor v. Bernhardi wendet sich der Militärschriftsteller Hoenig mit einer Erklärung, in der er versichert, Bernhardi's Vater niemals der Feigheit gezeichnet zu haben, und weiter sagt:

Herr v. Bernhardi behauptet, „aus nicht näher zu erörternen, in militärischen Kreisen aber hinreichend bekannten Gründen sei es ihm leider nicht möglich, mich persönlich zur Rechenschaft zu ziehen“. Diese Ausdrucksweise kann zu völlig ungünstigen Vermutungen verleiten; ich werde deshalb diese Angelegenheit auf anderem Wege erledigen.

Wie Schwiegerelche Professoren werden, davon weiß die Augsburger Postzeitung ein anmutiges Historchen zu berichten. Von einem „Mann der reinen Chemie“ wird da erzählt, daß er „dereinst bei seinem heutigen Schwiegerelche im Doktorexamen durchgeflogen war. Mit vieler Mühe seiner selbst und anderer erlangte er endlich an einer preußischen Universität den Doktorstitel. Dann verlobte er sich mit der Tochter seines ehemaligen Examinators. Und siehe da, dieser

Mann (hier folgen absäßige Neuerungen über ungenügende Lehrfähigkeit) wurde kurze Zeit darauf durch die Hilfe seines Schwiegerelches Universitätsprofessor.“ Diese Darstellung wird von der Frankfurter Zeitung als richtig bezeichnet und wie folgt ergänzt: „Der Vorliegende in der Fakultätsverhandlung wollte nach dem Referat des Schwiegerelches, eines bedeutenden Gelehrten — sagen wir Professor X. — der verlangte, daß er eine Unterstützung und Aushilfe haben müsse, wozu er seinen Schwiegerelch vorschlage, den Professor X. nach Lage der Dinge in verbindlicher Form anregen, sich vor der Debatte fernzuhalten. Dieser wich der Auseinandersetzung aus und meinte, es sei am besten, wenn er da bleibe, um Aufschluße geben und auf Gegenbeweiskungen erwidern zu können. Sein Vorschlag ging dann durch. Das Kultusministerium erwiederte auf den Vorschlag, ob man nicht weitere Kandidaten benennen könne. Professor X. schlug darauf zwei weitere Professoren vor, die allein in Betracht kommen könnten. Es waren aber solche, deren Nichtaufnahme von vornherein der Natur der Sache nach klar war. So wurde der Schwiegerelch Professor.“

Es gibt doch merkwürdige Voranzeigungen in der voraussehungslosen Wissenschaft der deutschen Universitäten.

Die Polenhetze. Im Stat des Finanzministeriums wird zu einigen Wechslerforderungen in den östlichen Provinzen bemerkt: Die den Oberpräsidenten von Posen, Westpreußen und Schlesien zur Verfügung stehenden Mittel bedürfen einer erheblichen Verstärkung, um gegenüber der verschärften polnischen Agitation das Deutschtum in geeigneter Weise zu stützen. Auch ergab sich die Notwendigkeit, das Verwendungsbereich der Bonds auf die Provinz Ostpreußen auszudehnen. Um den Bewilligungen der großpolnischen Agitation, in diese Provinz einzudringen, entgegenzutreten, sind die Anfangsgebühren für 40 neue Stellen für Regierungsmitglieder im Etat eingesetzt.

Bewilligungsbeamte, Lehrer, Richter, Soldaten, Landeskäufe, Besiedlungen, Poststellen, Disziplinarverfahren, Prozesse — und noch immer glebt es Polen!

z. Militärische Rechtsprechung. Vor dem Breslauer Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz stand der aus der Untersuchungshaft vorgeführte, mehrfach militärisch vorbestrafte (u. a. auch wegen Geldborgens von Untergaben) Unteroffizier Schmenkel vom Infanterieregiment Keith Nr. 22 in Beuthen, beschuldigt der vorschriftswidrigen Behandlung und der Misshandlung von Untergaben. Der Angeklagte kam eines Nachts um 1 Uhr betrunken auf seine Stube, ließ die Mannschaft im Hende 12 bis 15 mal aus den Betteln heraustragen und wieder hereintragen, auf den Fußböden legen und auf die Spinde holen und als drei der Rekruten das nach Meinung des Unteroffiziers nicht gut machten, ohngeachtet er sie. Das Kriegsgericht in Neisse hatte den wilden Vorgesetzten darauf zu vier Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. Schmenkel aber hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und zwar besonders gegen die Degradation, die das Gericht erster Instanz damit begründet hatte, daß Schmenkel wegen seines rohen Charakters nicht mehr würdig sei, Vorgesetzter zu sein. Vor dem Oberkriegsgericht belohnte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Walsche, daß die Trunkenheit des Angeklagten als ein Milderungsgrund angesehen werden könnte. Er beantragte vier Monate Gefängnis und stellte die Entscheidung wegen der Degradation dem Gerichte anheim. Dieses erkannte auf drei Monate Gefängnis, nahm aber von der Degradation Abstand, da in dem Verhalten des Angeklagten keine ehrlöse Bestrafung liege.

Von dem Kriegsgericht in Neisse wurde dieser Tage der Unteroffizier Haufel vom 63. Infanterieregiment in Oppeln von der Anklage freigesprochen, einen Soldaten, den sein Jahr abdienenden Lehrer Fuchs, „dreckiges Schwein“ geschnappt und geschlagen zu haben, obwohl daß von dem Befehligen wie von einem anderen Zeugen, ebenfalls Lehrer, eindlich bestundet wurde, andere Zeugen auch das Schnappen gehört, aber nicht verstanden haben wollten. Ohne Zweifel in die Wahrheit der Aussage der beiden Lehrer setzen zu wollen, konnte das Gericht, wie es in der Begründung heißt, doch nicht die Überzeugung von der Schuld des Unteroffiziers gewinnen.

Belgien.

Die Schönheiten des Pluralwahlsystems. — Die Kammerwahlen. So. Wie schon mitgeteilt, beginnt bei Wiederauflauf der Kammer, der am 15. Januar erfolgt, der Kampf um das allgemeine einfache Wahlrecht. Das jetzt gültige Pluralwahlsystem enthält starke Ungerechtigkeiten gegen die besitzlosen Klassen, beinahe so groÙ, wie unser Dreiflossenwahlsystem. Es gibt in Belgien 915000 Wähler, die über nur eine Stimme verfügen, und 557000 Wähler, welche zweit beziehlich drei Stimmen abzugeben haben. Die Wähler mit einer Stimme repräsentieren also 62 Prozent des gesamten Wahlkörpers, haben aber nicht mehr denn 41 Prozent der Stimmen, währenddem die Wähler mit mehr Stimmen 38 Prozent des Wahlkörpers ausmachen, aber über 59 Prozent der Stimmen verfügen. Die Liberalen argumentieren zu Gunsten des Pluralwahlsystems, indem sie sagen, daß es auf dem Besitz, auf der Familie und dem Wissen beruhe, daß diesen „Grundfeilern“ des Staates größerer Einfluß gebühre. Was die Männer des Geistes (Gelehrte, Aerzte etc.) anlangt, so befinden sich unter 42000, die über Doppelstimmen verfügen, allein 7000 Mitglieder der Geistlichkeit. Die Familienväter sind zur Abgabe einer zweiten Stimme berechtigt, aber nur dann, wenn sie 5 Frauen Steuern zahlen. Von den 765000 Familienvätern, die in Betracht kommen, zahlen aber nur 367000, also weniger denn 50 Prozent, den verlangten Steuerzahler, der Rest kommt um seine zweite Stimme. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, die Haltlosigkeit der Argumentation der belgischen Realpolitiker aufzuweisen.

Die nächsten Kammerwahlen sind auf den 25. Mai angesetzt.

Aus der Partei.

„Nor mit brumme . . .“ Wie uns unser badischer Verlegerstaat mitteilt, ist auf Grund der Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug vor einigen Monaten wegen „Unltreue“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilten Parteigenossen und früheren Landtagsabgeordneten Opizius-Pforzheimer die Verbüßung der Strafe unter der Bedingung erlassen worden, daß er sich innerhalb fünf Jahren keine weitere handlung zu schulden kommen läßt. Außerdem hat Opizius eine Verpflichtung unterzeichnet, nach der er während dieser Zeit keine öffentlichen Ämter anzunehmen verspricht.

Wenn die badische Justiz den Vollzug des Pforzheimer Urteils auf Grund der Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug ausschließen will, so ist das ihre Sache, und wie würden darum mit ihr nicht rechnen. Wenn aber Opizius die

oben gedachte Verpflichtung unterzeichnet, so bedeutet das eine Anerkennung des Pforzheimer Urteils, wie sie sich die Pforzheimer Jubiläumsjustiz von einem Sozialdemokraten nicht eingeschauten denken kann. Genosse Opizius wird es sich gefallen lassen müssen, daß der badische Nationalliberalismus, die niederrangigste und versteckt Spielart dieser politischen Tertialtung, die Unterzeichnung dieser Verpflichtung seinem „Schuldverschulden“ ins Gewissen schiebt. Die großherziglich badische Justiz kann Urteile aussprechen und vollstreken, so weit es in ihrer Macht steht; aber der Verurteilte hat darum immer noch die Freiheit, sich ihren Urteilen zu unterwerfen oder auch nicht. Genosse Opizius hat sich dem Urteil gefügt, er hat es anerkannt, und das bedauern wir in seinem Interesse und im Interesse der Partei.

Zur Angelegenheit Grunwald. nimmt in der Erfurter Tribüne nun auch die Preßkommission das Wort. Der Vorliegende der Kommission, Genosse Henn, bleibt den Grund der Kündigung richtig an, behauptet aber, bei dem Engagement Grunwalds sei die Bedingung gestellt und angenommen worden, daß der leitende Redakteur eine Kandidatur nicht annehme.

„Nur unter Annahme dieser Bedingung war das Engagement vollzogen. Diese war lediglich von dem Wunsche dictiert, den leitenden Redakteur dem Blatt so wenig wie möglich zu entziehen, um allerwengsten aber während des Wahlkampfes, in dem acht Wahlkreise auf die thätige Mitarbeit der Presse rechnet.“ Weiter heißt es in der Erklärung, daß Genosse Grunwald vor der Annahme der Kandidatur die Meinung der Preßkommission eingeholt habe; diese habe aber einstimmig ihrer Meinung dagegen Ausdruck gegeben, daß die Annahme der Kandidatur unmöglich und mit den gegebenen Versprechungen unvereinbar sei. Als Genosse Grunwald trotzdem die Kandidatur angenommen, sei die Kündigung ausgesprochen worden.

Genosse Grunwald stellt diese Erklärung sofort richtig. Er weist nach, daß bei seinem wirklichen Engagement von einer Bedingung, keine Kandidatur anzunehmen, gar keine Rede gewesen sei. Erst als er acht Tage nach vollzogenem Engagement nach Erfurt gekommen sei, um sich eine Wohnung zu suchen, habe Genosse Henn ihn ganz nebenbei gefragt, ob er eine Kandidatur habe. Grunwald antwortete darauf mit neu und exklusive, daß er auch vorläufig keine Kandidatur annehmen werde. Durch diese nebenbei behandelte Frage nach dem Engagement sei er keine Bedingung eingegangen und sie könne auch keinen Kündigungsground abgeben. Genosse Grunwald giebt sodann zu, daß er sich vor der Annahme der Kandidatur an die Preßkommission gewandt habe, und zwar weil Genosse Henn sofort seinen Widerspruch gegen die Kandidatur gestellt genommen habe, als er von der Kandidatur gehört habe. In der Preßkommission gab Grunwald die Erklärung ab, daß durch die Kandidatur das Blatt in keiner Weise leiden solle. Die Preßkommission war entgegengesetzter Meinung, indem sie annahm, daß das Blatt durch Grunwalds Kandidatur leiden müsse, und diese vermeintliche Vernachlässigung wurde von der Preßkommission mit der Kündigung beantwortet.

Das sind im Auszuge die Erklärung der Preßkommission und die Richtigstellung Grunwalds. Durch die letztere wird unter gestriger Kommentar zu der Sache als richtig erwiesen und die Preßkommission ins Unrecht gesetzt.

Zum Tode des alten Reitenbach. wird uns von einem Neffen desselben geschrieben: John Reitenbach stand nicht nur in den letzten Jahren seines Lebens der Sozialdemokratie freundlich gegenüber, sondern er rechnete sich, seit er mit den Fortschrittsleuten gebrochen hatte, durchaus zu unserer Partei: Zugleich mit seinem Freunde Johann Jacoby trennte sich Reitenbach bereits im Juni 1870 von den ostpreußischen Liberalen und trat zunächst zu der neugegründeten demokratischen Volkspartei über. Dies war auch der Grund, weshalb er die Redaktion des von ihm ins Leben gerufenen und elf Jahre hindurch geleiteten Bürger- und Bauernfreundes niedergelegt. Im Jahre 1875 gründete er dann die Deutsche Reichs-Spinne-Blüte, die seit dem 1. Januar 1876 unter dem Titel Friedens- und Freiheitspost erschien. Beide Blätter wurden in sozialdemokratischem Sinne redigiert und hatten unablässige Kämpfe mit der Polizei und den Staatsanwälten zu bestehen. Reitenbach stand es meisterhaft, in Anklage an lokale und provinziale Ereignisse die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme zu erörtern und den damals noch überwiegend fortschrittlichen Bevölkerung Ostpreußens die Augen über das wahre Wesen des bürgerlichen Liberalismus zu öffnen. Während der preußischen Konfiszitzeit wurde er, wie die Leipziger Volkszeitung bereits berichtete, als „Steuerverweigerer“ viel genannt. Er ließ sich, wenn der Exekutor erschien, abwechselnd einen Siegelring oder einen Ochsen abfänden. In meinem Besitz befindet sich eine damals weit verbreitete Photographie des letzteren, unter der die — ich glaube dem Kladderadatsch entnommen — Verse stehen:

Ich bin der Steuerroß aus Glück,
War wohl bekannt im Vaterland,
Das Schicksal hat mich hart bedrückt,
Dem Fristus fiel ich zu als Pfand.
Oh dann ein Gönner mich befreite,
Gib mir mit Gott ins Heu-Budget,
Jedoch, ich ging daran nicht pleite,
Bin wieder wohl, gemäst' und feit.

Obwohl Reitenbach bereits vor einem Vierteljahrhundert in die Schweiz übersiedelt war, ist sein Name noch heute bei den Landleuten im preußischen Alten populär. J. S.

Der Krieg in Südafrika.

Kitchener berichtet, daß sich die Buren immer noch große Quantitäten Munition aus Europa verschaffen. Er verlangt, daß mit größeren Vorsichtsmaßregeln an den südafrikanischen Küsten operiert werde.

Keine Ergebung.

Neuters Bureau hatte britisch-offiziös gemeldet, die Transvaalburen wollen sich ergeben. Nun muß dasselbe Bureau hinzufügen, daß eine große Zahl der unter Volksbefehl stehenden Leute aus Natal-Rebellen besteht, welche nicht von einer Ergebung ihrer transvaalischen Brüder hören wollen, obgleich letztere sich nach der Übergabe sehnen. Fünfzig Männer versuchten eines Tages überzugehen, aber nur zehn einkamen der Wachsamkeit der Natal-Buren.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.

Wahlverein Leipzig-Stadt.

Montag den 15. Januar abends 1/2 Uhr
General-Versammlung

in der Flora, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Manfred Wittich über: Der französische Freiheitsdichter Pottier. 2. Bericht der Vorstände und der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Wahlvorschläge zum Agitations- und Preskomitee.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zahlreichen Besuch erwartet

[235]

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.
Vereinslokal: Große Fleischergasse
(Stadt Gotha).

Sonnabend, 11. Januar, abends 1/2 Uhr
Adeßburg und Diskussion.

Sonntag, 12. Januar, vorm. 1/2 Uhr
Beginn des Unterrichts in der Volkswirtschaft (Steuern und Besteuerung).

Montag, 13. Januar, Beginn des Unterrichts im Schönschreiben u. Rundschrift.

Sonntag den 19. Januar nachm. 4 Uhr

Haupt-Versammlung.

Tag.-Ordn.: 1. Bericht des Vorstandes.
2. Antrag auf Änderung der Unterrichtsbestimmungen. 3. Vorstandswahl. 4. Anträge von Mitgliedern.

Der Vorstand.

Arbeiter-Verein
Liebertwolkwitz.
Sonntag den 12. Januar abends 8 Uhr

Der Vorstand.

Gemeinde-Verein
Markkleeberg.
Sonntag den 12. Januar nachm. 1/2 Uhr

General-Versammlung
im Gasthof Bühl.

Der Vorstand.

Vortrag des Genossen Fr. Geyer.
Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Der Vorstand.

Nord-Bezirk.

Wittwoch den 15. Januar abends 1/2 Uhr beginnt im Restaurant Mönchshof, Gohlis, Georgstraße, der

Kursus über die erste Hilfe bei Unglücksfällen geleitet von Herrn Dr. Popitz.

Einer recht zahlreichen Beteiligung — auch Nichtmitglieder können daran teilnehmen — sieht entgegen

Der Vorstand.

Achtung!

Dachdecker, Pappendecker u. Asphalteneure.

Sonnabend den 11. Januar abends 8 Uhr

Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Mainz. 2. Vorschläge zu den Generalversammlungs-Vertretern der Ortskrankenkasse. 3. Gewerkschaftliches.

Nicht zahlreichem Besuch sieht entgegen

D. V.

Achtung, Glaser!

Sonnabend den 11. Januar abends 1/2 Uhr

Jahres-Versammlung

in der Flora, Windmühlenstrasse.

Wegen der Wichtigkeit der reichhaltigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

D. V.

Maschinisten u. Heizer (Deutscher Verband).

Sonntag den 12. Januar nachmittags 3 Uhr

Öffentliche Mitglieder-Versammlung

in Stadt Hannover, Seeburgstrasse.

Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. 4. Gewerkschaftliches.

Zur dieter wichtigen Versammlung wird zahlreiches und plünktliches Erscheinen erwartet.

Das Agitationskomitee.

Kranken- und Sterbekasse der Klempner- u. Zinngießer-Gehilfen zu Leipzig.

Sonnabend den 25. Januar abends 8 Uhr

Ordentliche General-Versammlung

im Goldenen Ring, Nikolaistraße 31.

Tagesordnung: 1. Vorlegung des Rechenschaftsberichtes. 2. Feststellung der Beamtengehalte. 3. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 4. Anträge: Antrag des Gesamtausschusses, Aufhebung des Einfamilienpostens. 5. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erübt um zahlreichen Besuch

Der Vorstand.

Unser Kassierer Herr Döpke wohnt Neuditz, Gabelsbergerstraße 14, II.

Berantwortliche: Redakteur: Trip Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung & Heinrich in Leipzig.

Verein Vorwärts, Markranstädt

Sonnabend den 11. Januar abends 1/2 Uhr

Versammlung in der Parkschänke.

Tagesordnung: 1. Steuertermint. 2. Vortrag über: Wirtschaftliche Aufgaben einer Stadtgemeinde. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

NB. Die General-Versammlung findet Sonnabend den 25. Januar statt.

[280]

Buchbinder!

An Stelle des verstorbenen Herrn Dietrich ist Herr Hermann Schötz zum Kassenboten für unterzeichnete Kassen gewählt worden.

Mitglieder, welche beim Steuergange nicht aufgefunden werden sollten, werden ersucht, ihre Steuern entweder Sonnabend abends von 6 bis 8 Uhr im Restaurant Johannisthal, 1 Treppe, Hospitalstraße, oder in der Wohnung des

Herrn Schötz, Kochstrasse 38, part. abzuliefern und gleichzeitig ihre genaue Adresse anzugeben.

Die Vorstände der Kranken- n. Begräbnissklasse, Invalidenklasse u. Witwen-Unterstützungsklasse für Buchbinder, verw. Berufsgen. u. deren Hilfsarbeiter zu Leipzig.

Dessauer Hof, Leipzig, Gast- u. Logierhaus

Sternwartenstrasse 2, direkt am Rosplatz

Inhaber: Richard Hempel

[8102]

1. Kassierer des Intern. Vereins reis. Handelsgewerbetreib. u. d. B. (Sitz Leipzig). 43 gute Betten.

Gelehrten Geschäftsräsonden und Handelsleuten halte meine Zimmer mit guten Betten von 75 Pfg. an bestens empfohlen. Gleichzeitig empfiehlt

fr. Biere und Speisen zu civilen Preisen. Hochachtungsvoll D. O.

Coburger Hof.

Teleph. I, 438. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 438.

Allen gebrauch Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. keine Asphalt-Regelbahn. Billard.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch inl. Bier 50 Pfg. Stammt zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

50 gute Betten zu soliden Preisen.

Hochachtend Kannegiesser.

Bürgergarten Brüderstr. No. II

Inh.: Mag. Trento

empfiehlt vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen.

fr. Bier- und Bäuerlich Bier, Dönniher Gose ic.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

[8802]

Restaurant Körnerschlösschen

Körnerstrasse 36.

Empfiehlt fr. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinstochken.

[1814] Achtungsvoll Alseid Dietze.

Restaurant zum Südtunnel, Südstr. 25.

Sonntag den 26. Januar und folgende Tage

Grosses Prämien-Auskegeln

auf der Regelbahn. Bier können jeden Tag ausgespielt werden.

Es lädt ergebnist ein

[268] Ernst Reinecke.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz Mühlenstr. 9.

Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie alle Sonnabend

Fr. Schweinstochken.

[10443] Achtungsvoll Siegel Paul.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nr. 52

Nonnenstr.

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochsein.

Sonnabends Schweinstochken, Sonntags Speckfischen.

[1518] Hochachtungsvoll Herm. Richter.

Kleinzschocher Albertsburg Kleinzschocher

Ecke Albert- u. Gust. Adolf-Str.

Empfiehlt meine freundlichen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. Großes und kleines Gesellschaftsmimmer frei. Sonnabends Schweinstochken, Sonntags Speckfischen.

[10814] Achtungsvoll Karl Holzapfel.

Zur Amsel, Mödersche Str. 2, Breitenfelder Str.

Inh.: Hermann Schlegel.

Empfiehlt meine freundlichen Lokalitäten. Mittagstisch, fr. Lübschenauer

Bierbier, Dönniher Gose, Pfeßbräu. Jeden Sonnabend Schweinstochken.

[1400]

Kleinzschocher Albertsburg Kleinzschocher

Ecke Albert- u. Gust. Adolf-Str.

Empfiehlt meine freundlichen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. Großes und kleines Gesellschaftsmimmer frei. Sonnabends Schweinstochken, Sonntags Speckfischen.

[10814] Achtungsvoll Karl Holzapfel.

Restaurant zur Burg, Schönefeld Südstrasse 1.

Empfiehlt meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur gefälligen

Benutzung. Gesellschaftszimmer, 50 Personen fassend.

fr. Biermisch. Gose und Bierbier. Jeden Sonnabend Schweinstochken.

[3758] Karl Wolf.

Richard Müller

L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 57

Markthalle: Stand 74

empfiehlt täglich frisch zu billigen Preisen

Bernsprecher 078. frisch geschossene Hasen gestreift, gespickt

starke Hasen vielfältig.

Prima fette Dresdner Gänse,

sehr vielfältig.

aus in einzelnen Stückten.

[10437]

Achtung!! Der

Schuhwaren-Konkurs-Ausverkauf

mit anderer Ware findet statt

20 Nikolaistraße 20.

[261]



1. Beilage zu Nr. 7 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 10. Januar 1902.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Der amerikanische Krach. Auch in England beginnt man die Lage in Amerika als sehr ernst zu betrachten. Die Times bringt einen Artikel über die wirtschaftliche Lage in Amerika, welcher schreibt: Amerika ist bei der Inanpruchnahme seiner Hilfsmittel und Kreide weit genug, vielleicht etwas zu weit gegangen. Darin stecke eine Gefahr, zumal das amerikanische Bankensystem schlecht sei. Der hohe Sterlingkurs zeige, daß die Handelsbilanz eher gegen Amerika sei und nicht, wie allgemein vermutet wurde, umgekehrt. Amerika könne im Notfalle die juristisch geprägten Securitäten wieder nach Europa verkaufen; aber die Erfahrung vom letzten Mai habe gezeigt, wie ein beratlicher Verlust sofort eine andere Preislage herstelle; seitdem sei das Vertrauen nicht wieder zurückgekehrt. Die Angelegenheit des Amalgamated Copper Trusts sei für vorstehende Zeite unruhigend; trotz allem seien die Geschäftsverhältnisse darüber allgemein als günstig anzusehen und kein unmittelbarer Zusammenbruch zu befürchten. Gute Beobachter betrachten jedoch diese Anzeichen bereits als eine Warnung. Selbstverständlich ist die allgemeine Geschäftslage jetzt noch günstig. Aber wann wäre das vor einem Krach nicht so gewesen?

Deutschlands Elektricitätswerke. Am 1. April 1901 bestanden in Deutschland 768 Elektricitätswerke gegenüber 652 im Jahre vorher. Die Auslastekosten für diese Werke betragen im Durchschnitt 1628 Ml. pro Kilowatt oder 1212 Ml. pro Pferdestraße. Das Gesamtkapital, welches in deutschen Elektricitätswerken festgelegt ist, die die erzeugte Elektricität für Beliebung und für Kraft an dritte Betriebe abgeben, beträgt — die elektrischen Straßenbahnen ausgeschlossen — über 549 Millionen Ml. 81,3 Prozent der Werke erzeugen ausschließlich Gleichstrom.

a. Gründung eines Kohlenelstaufverbands. Rudolstadt, 10. Januar. (Privat-Telegramm.) Hier selbst erfolgte heute die offizielle Konstituierung des Verbandes mitteldeutscher Kohlenelstaufverbände. Als Sitz des neuen Verbandes ist ab 1. April Leipzig vorgesehen.

a. Verunglückte Syndikatgründung. Halle, 10. Januar. (Privat-Telegramm.) Die Unterhandlungen zwecks Bildung eines Syndikats mitteldeutscher Kohlengrosshändler sind heute beendet. Sämtliche Unterhandlungen sind resultlos verlaufen.

Sozialpolitisches.

Für die Arbeitszeit des Eisenbahnpersonals ergiebt die dem Abgeordnetenhaus mitgeteilte Übersicht über die Betriebsergebnisse der preußischen Staatsbahn im Rechnungsjahr 1900 für 333 129 Eisenbahnbeamte und -Arbeiter folgendes: Bis 8 Stunden täglicher Dienstdauer hatten 27 484 Personen, 8-9 Stunden Dienstdauer hatten 27 984 Personen, 9-10 Stunden Dienstdauer 101 209, 10-11 Stunden 77 649, 11-12 Stunden 72 806, 12-13 Stunden 13 287, 13-14 Stunden 7488, 14-15 Stunden 3358 und eine Dienstdauer von 15-16 Stunden hatten 2464 Personen. Bei dem Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal sind sämtliche auf planmäßige Dienststunden entfallende Ruhepausen in die Dienstzeit eingerechnet. Diese Ruhepausen betragen bis zu 6 Stunden. So erscheint beispielsweise ein Zugbeamter, der von A nach B fährt und hierfür 5½ Stunden Dienstfähigkeit aufzuwenden hat, in B eine Ruhe von 5 Stunden genießt und danach wieder von B nach A fährt, obwohl er zusammen nur 10½ Stunden in Anspruch genommen worden ist, an diesem Dienstag als mit einer Dienstdauer von 15-16 Stunden in der Übersicht. Über die Ruhepausen des Eisenbahnpersonals ergiebt sich aus der Übersicht, daß bei einer Gesamtzahl von 218 149 Beamten die Gesamtzahl der Dienstbefreiungen von mindestens 18ständiger Dauer im Laufe eines Kalendermonats 695 616 betrug, davon entfielen 433 190 auf Sonntage. Monatlich einen Ruhetag erhielten 16 769, monatlich 1½ Ruhetage 20 852, zwei Ruhetage 58 008, mehr als zwei Ruhetage 123 025 Eisenbahnbeamte und -Arbeiter. Dienstbefreiungen von weniger als 18 Stunden sind in dieser Übersicht überhaupt außer Anzahl geblieben.

ac. Französischer und deutscher Arbeiterschutz. Auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1900 tritt mit dem 1. April in den französischen Fabriken mit gemischter Arbeiterschaft die 10½ stündige Arbeitszeit in Kraft. Wie gegen das Gesetz überhaupt, so machen die Unternehmer jetzt wieder gegen die weitere Einschränkung der Arbeitszeit mögl. Die Handelskammer von Eboeuf thut dies, indem sie auf die in Deutschland zulässige, viel längere Arbeitszeit hindeutet. Für 40 Tage im Jahre erhalten, so heißt es in jenem Bericht, die deutschen Fabrikanten mit Leichtigkeit die Erlaubnis, die jungen Leute unter 16 Jahren bis 10 Uhr abends beschäftigen

zu dürfen; Bedingung dabei sei nur, daß die regelmäßige Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreite. Man könne, so heißt es dann weiter, danach beurteilen, wie sehr die französische Industrie, und damit natürlich auch die Arbeiter gegenüber den ausländischen im Nachteil seien. Die Austräge gingen deshalb vielfach nach dem Auslande, namentlich nach Deutschland, wo man den Schutz der jugendlichen Arbeiter nicht durch so strenge Gesetze durchführen, wie in Frankreich.

Leider kann man den Ausführungen der Fabrikanten, die hier den „Staat der sozialen Reform“ als Muster der Ausbeutungsfreiheit hinstellen, nicht ganz unrecht geben.

Gewerkschaftliches.

ac. Die Situation in Barcelona ist, wie eine Originalcorrespondenz der Petits Républicans aus Madrid mitteilt, unverändert. Dennoch haben die Metallarbeiter ihren Streik noch nicht aufgegeben, sondern beschlossen, unter allen Umständen den Neunstundentag durchzuführen. — In Madrid werden ebenfalls Ausschläge erwartet; man befürchtet Unruhen infolge von Arbeiterschlafungen aus der Tabakfabrik. In den Straßen ist es zu Zusammenträumen zwischen Streikenden und Polizei gekommen.

Die erste Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 9. Januar.

Der Vorsitzende der Kommission, Abg. v. Kardorff, machte bei Beginn der Sitzung den Vorschlag, sofort die Beratung des Gesetzes zum Zolltarif, statt diesen selbst, vorzunehmen, und dabei den Abschnitt 2 des § 1 vor der Beratung aufzunehmen, da dieser die Mindestzölle vorstellt. Es würden dem Gebrauch entsprechend zwei Lesungen der ganzen Zollvorlagen stattfinden.

Der Vorschlag entstieß eine Diskussion, die die ganze Sitzung ausfüllte.

Abg. Singer stellte dem Vorschlag des Vorsitzenden das Verlangen entgegen, statt des Gesetzes sofort den Tarif in Beratung zu nehmen, und zwar in der Reihenfolge der einzelnen Abschnitte, so daß sofort die Getreidezölle diskutiert würden.

Abg. Spaeth (Centr.) tritt dagegen für den Vorschlag des Vorsitzenden ein. Der Tarif sei nur ein Annex des Gesetzes, der unbedingt zuerst beraten werden müsse.

Abg. Gothein (freis. Va.) erklärt, der Tarif enthalte so viele Abschaffungen vom Gesetz, daß erst der Tarif festgestellt werden müsse. Und dann müssten vor allem die Industriezölle beraten werden, denn für den Nachweis der Berechtigung der landwirtschaftlichen Zölle bedürfe es erst einer umfassenden Enquête. Nur so sei eine schnelle und sachliche Erledigung der Vorlagen möglich.

Abg. Müller-Zulda (Centr.) vertritt den Vorschlag des Vorsitzenden. Man fange nicht ein Buch von hinten zu lesen an. Das Material für die landwirtschaftlichen Zölle sei umfangreich genug, da bedürfe es nicht erst einer Enquête.

Abg. Bebel: Da wir, je nach den Aenderungen des Tarif, das Gesetz später wieder ändern müssten, so wäre es verkehrt, erst das Gesetz zu beraten. Wie ist denn die Regierung verfahren? Seit Jahren arbeitete sie am Tarif, stellte ihn fertig und dann erst machte sie das Gesetz. Das ist richtig, so müssen auch wir verfahren, wenn wir nicht unnötige Arbeit machen wollen.

Abg. Blankenhorn (nat.-lib.) tritt für die Beratung des Gesetzes unter Ausscheidung der Mindestzölle ein.

Abg. Fischbeck (freis. Vo.) meint, der Vorschlag des Vorsitzenden verlängere die Beratung. Er exemplifiziert auf die Beratung des Unfallgesetzes, bei dem im Sinne des Singerschen Vorschlags vorteilhaft verfahren worden sei. Man solle sofort die Getreidezölle beraten. In die Beratung des Gesetzes würde wahrscheinlich die clausula Brandenstein und anderes einbezogen. Dann sollen wir dann zum Tarif kommen?

Abg. v. Wangenheim (Bund der Landwirte) will zunächst das Gesetz beraten wissen. Man höre dabei zunächst, wie die Parteien des Hauses sich zum Gesetz stellen. Für die Verschiebung der Beratung der landwirtschaftlichen Zölle, wie Gothein das will, ist Redner nicht. „Das würde aussiehen, als ob wir nicht den Nutzen hätten, sofort an die landwirtschaftlichen Zölle heranzugehen.“

Abg. Stadthagen: Nach seinen letzten Ausführungen muß der Vorredner für unseren Vorschlag eintreten. Wir haben den Mut der sofortigen Beratung der Getreidezölle. Dazu ist eine Generaldebatte nötig. Die im Plenum angeführten Gründe müssen in dieser Generaldebatte nachgeprüft werden. Sie muß auch Auseinandersetzung über die Ansicht der bestreiten Produktionsstände zum Tarif geben. Ferner müssen wir wissen, was es mit der Absicht des Centrums auf sich hat, der Arbeiterversicherung event. Mittel aus den Erträgen des Zolltarifs zuzuführen. Die finanzpolitischen Gründe, die die Regierung für den Tarif bewogen haben, müssen

ebenfalls noch erörtert werden. Ich stelle an die Regierung — die beständig einen einzigen Vertreter in die heutige Sitzung entsandt hatte — das Verlangen, uns die Verhandlungen des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ über die Zollpolitik als Grundlagen zur Beratung mit vorzulegen. Auch müßten die Redner in der Debatte der Reihenfolge nach das Wort erhalten.

Der Vorredner erklärt, er werde den Wunsch Stadthagens an die Regierung gelangen lassen. Aber bezüglich der Worterteilung werde er so verfahren, daß er zur Abschaltung der Debatte zuweilen von der Reihenfolge in der Worterteilung abweichen werde.

Abg. Spaeth: Für das geschäftliche Verfahren des Vorsitzenden spricht die Geschäftsordnung des Reichstags. Abweichungen sind in möglich, aber hier nicht angebracht. Ein Antrag unserer Fraktion, die Witwen- und Waisenversorgung, ist im Druck und wird vielleicht hente noch den Herren zugesehen. Eine Generaldebatte ist nicht nötig, das vorhandene Material kann in der Diskussion stets verwandt werden, auch ohne diese.

Abg. Gothein: Wir müssen das Material aus der Produktionsstatistik haben, das nur wenigen Herren bekannt ist. Das vorhandene Material ist aber, soweit ich es sehe, sehr lückenhaft, so daß eine Klärung erst in der Generaldebatte eintreten kann. Wenn die Konservativen die Höhe der Industriezölle von den landwirtschaftlichen abhängig machen, ist es geraten, zuerst die Industriezölle zu beraten.

Abg. Kamp (Greifsw.): Gothein ist inkonsistent, wenn er Erhebungen für die landwirtschaftlichen, nicht aber für die industriellen Zölle will. Sollte der Vorschlag durchgeführt werden, dann würden uns die daraus folgenden Erwägungen uns in 4-5 Jahren zu einem abschließenden Urteil verhelfen. Die Anregungen Stadthagens können nur an der Hand von Anträgen erörtert werden. Wenn er aus der Generaldebatte im Plenum sich nicht klar über die Gründe für die landwirtschaftlichen Zölle geworden ist, wird es in einer Generaldebatte hier schwerlich geschehen. Monatelang könnten wir vorher schon uns alle hier einschlägigen Fragen überlegen.

Abg. Singer: Der Vorsitzende will die Diskussion abschalten und darum nicht der Reihenfolge nach der Redner zum Wort zu lassen. Ich bitte dringend, dies bei Beratung der Sache nicht zu thun.

Vorsitzender: Es ist mein Recht, so zu verfahren. Im Plenum kann der Präsident ebenso handeln.

Singer: Die Debatte in der Kommission ist etwas anderes, als im Plenum. § 47 der Geschäftsordnung widerspricht der Ansicht des Vorsitzenden, die ich nicht gelten lassen kann. Mehrere Bestimmungen des Tarifgesetzes stehen in engster Verbindung mit dem Tarif. Wie kann man dann erst das Gesetz beraten und fertig stellen wollen? Bei der großen Militärvorlage versuchte das Centrum dieselbe Taktik, die wir jetzt zur Vereinfachung vorschlagen. Erst verlangte es Aufschluß von den Regierung, ehe es auf das Gesetz einging. Eine Generaldebatte in der Kommission ist doch nichts neues. Der Vorschlag Gotheins ist unpraktisch. Mit dem Fortschreiten der Diskussion über die einzelnen Positionen wird auch ein Wechsel der Kommissionsmitglieder eintreten, ja nötig werden.

Vorsitzender: Ich beziehe mich für meine Geschäftsführung auf den Gebrauch im Hause. Geben Sie mir die dem Präsidenten zustehende Freiheit, werde ich keinen Anlaß zur strengeren Handhabung der Geschäftsordnung haben.

Abg. Heim vertritt die Vorschläge des Vorsitzenden.

Abg. Stadthagen: Dem Abg. Kamp erwähne ich, ich habe nicht gefragt, daß ich nicht informiert sei. Aber das Material des Wirtschaftlichen Ausschusses liegt nicht vor, wir kennen es darum nicht. Dagegen sind sicher eine ganze Reihe der Herren über den Zusammenhang der Frage des Schutzes der Arbeiterschaft mit diesem Gesetz nicht informiert. Wer wird von den Folgen dieses Gesetzes betroffen? Das muß erst in der Generaldebatte klar gemacht werden. Mit den Industriezöllen ist die Frage der Träfl., Kartelle und des Koalitionsrechtes verbunden. Auch die Frage der Wehrkraft des Volkes steht in Verbindung mit dem Zolltarif; darum ist die Generaldebatte nötig. Die Einkommensteuerfrage will ich nicht erörtern, ich würde sonst nur sagen, mit diesem Gesetz zu warten, bis eine Reichseinkommensteuer geschaffen ist. (Heiterkeit.)

Abg. Herold (Centr.): Stadthagen hat eine Reihe von Fragen hier berichtet, die in einer Generaldebatte wohl gar nicht werden in Verbindung mit dem Zolltarif gebracht werden können. Wenn wir die Beratung mit den Agrarzöllen beginnen, werden die Mindestzölle besprochen werden müssen, das greift in das Tarif-Gesetz hinein.

Abg. Bebel: Der Vorredner scheint anzunehmen, daß für seine Ansicht eine Majorität vorhanden ist und wir darum gar nicht nötig haben, darüber zu diskutieren. Ich verstehe es nicht, daß Sie

Gleine Chronik.

Leipzig, 10. Januar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Sonnabend Goethes Faust I. Teil, 1½ Uhr beginnend, gegeben. Das Gretchen spielt Fr. Gertrud Richter vom Stadttheater in Graz und den Schülern Herr Otto Küstermann vom Stadttheater in Böckau, beide als Gäste auf Engagement. — Im Alten Theater gelangt Sonnabend nachmittags 3 Uhr zu ermächtigten Preisen Frau Holle, abends 1½ Uhr Die schöne Helene zur Aufführung.

Für den Sonntag ist im Neuen Theater C. M. von Webers Oper Oberon angesetzt. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermächtigten Preisen Frau Holle, abends Die rote Rose wiederholt. — Im Carolathéater ist die Operette Die Debütantin angelegt.

Die Japaner haben ihr Leipziger Gastspiel verlängert. Sie werden am kommenden Montag und Dienstag im Carolathéater noch zwei Vorstellungen mit neuem Repertoire geben. In diesen gelangen der Gerichtsakt aus dem Kaufmann von Venetien und Der Shogun (der Präsident des Mikado) zur Aufführung.

Zwölftes Gewandhauskonzert. (Hauptprobe.) Liszt's Faustsymphonie und Totentanz, ein Klavierkonzert eines jungen Russen, und Glucks Ouvertüre zur Iphigenie in Aulis bilden das Programm des zwölften Gewandhauskonzertes, das durch diese Zusammenstellung einen etwas düsteren Charakter erhält.

Die Faustsymphonie von Liszt füllte den ersten Teil aus. Je öfter man dieses Werk hört, um so mehr muß man die geniale und originelle Art bewundern, mit der Liszt gleichsam die Quintessenz aus Goethes Dichtung herausgezogen und zum Gegenstand seiner symphonischen Dichtung gemacht hat. Das Faustproblem hat alle bedeutenden Komponisten des vorigen Jahrhunderts, von Beethoven bis auf Richard Wagner beschäftigt, doch hat keiner den gewaltigen Stoff in so einheitlicher und so schön geschlossener Form zu bewältigen vermocht, wie eben Liszt. Diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit erreichte er dadurch, daß er seine Aufgabe möglichst eng umgrenzte. Er versuchte nicht eine neue, über das Gedicht Goethes hinausgehende Faustdichtung zu schaffen, wie der ins Wahnsinn gehende Berlioz in seiner Faust-Symphonie, sondern er hielt sich an Goethe, doch wollte er ebenso wenig Goethes Drama, wenigstens in seinen Hauptscenen, teigetrennt in Musik setzen, wie Schumann es versucht hatte, sondern er gestaltete die drei Instrumentalsätze seiner Symphonie zu drei „Charakterbildern“ (Faust, Gretchen, Mephistopheles) und krönte das Ganze mit dem mystischen Schlusschor des zweiten Teiles: Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis; — Die Faustsymphonie vom Gewandhausorchester unter Nikisch zu hören, ist ein hoher Genuss. Das scheinbar so schwer verständliche Werk wird unter Nikisch Leitung klar und durchsichtig. Die Themen sprechen gleichsam. Bewundernswert ist die freie, sogenannte deliktatorische Sicherheit, mit der Nikisch, besonders im ersten Satze, den immerwährenden Rhythmuswechsel behandelt, und die Accuratesse, mit der das Orchester seinem Leiter folgt. Das dabei auch das Kolorit überall trefflich zur Geltung kommt, und im Mephistojoche auch die phantastischen Instrumentalsonettse fehlig unterstrichen werden, versteht sich von selbst. Im Schlusschor sang Herr Emil Pinks das Tenorolo. Als Solist trat Herr Alexander Siloti auf. Er leitete den zweiten Teil des Konzertes mit dem Konzert für Piano-

ins Ungemessene gehenden Fortschreitend versinnbildlicht. Das zweite Thema ist seinem Ringen und Streben, das dritte, das eigentlich zwischen zweit- und breitteiligem Rhythmus hin- und herschwankt, seinem Liebessehnen gewidmet; das vierte, das mit einer stolz klängenden Trompetensansage einleitet und sich aus dem energischen Viervierteltakt in den drängenden Dreivierteltakt stürzt, zeigt uns Faust in seiner Thaikraft, den Helden bei der Arbeit. Und wie die Arbeit in Goethes Gedicht als Ziel und Endziel des menschlichen Daseins, wie das immer strebend sich Bewußten als Erlösungsbedingung hingestellt wird, so erscheint auch dieses glänzende vierte Thema in dem Faust-Saite wie ein Hoffnungsschimmer und eine frohe Botchaft des edelsten Sieges des strebenden Menschengeistes über die finstern Gewalten der Verneinung. Der Gretchen gewidmete zweite Satz gehört zu den liebenswürdigsten Sätzen, die Liszt geschrieben hat. Die einschmeichelnde Gestalt Gretchen's und ihr Liebesglück werden durch viele innige Themen geschildert. Nun treten zu den Gretchenthemen leidenschaftlich die aus dem ersten Satz bekannten Faustthemen. Ein wundervolles Zwiesprach entwickelt sich. Man glaubt manchmal die wundervollen Neben- und Gegenreihen Fausts und Gretchen aus der Gartenseite zu vernnehmen. Der dritte Satz (Mephisto-phrase) ist nicht etwa nur wegen seiner Instrumentationseffekte und seiner Höllenszenen interessant, die uns den Mephistopheles als „Spottgeburt aus Dreck und Feuer“ vor Augen stellt, sondern mehr noch durch die geniale Art, wie der Höllengeist als das ewig verneinende Prinzip geschildert wird. Die Faustthemen werden eines nach dem anderen von diesem infernalischen Spötter aufgegriffen und ins Faustsche, Teufelsche verzerrt. Besonders am Liebesmotiv läßt er seinen cynischen Übermut aus. Aber ähnlich wie in der Walburgsnachtse macht auch hier die Erscheinung Gretchen's (b. h. des Hauptthemas des Gretchenfares) dem tollen Spuk ein Ende. Noch einmal häumt sich der ganze Höllenchor auf, dann erklingen feierliche Orgelläute und ein Männerchor, in dem für die Worte „das Ewig-Weltliche“ ein Tenorsolo eingeschlossen ist, singt in einsamer, feierlich psalmoidender Weise den Schlusschor: Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis; das Unzulängliche, hier wird's Ereignis; das Unbeschreibliche, hier ist's getan, das Ewig-Weltliche zieht uns hinan.“ — Die Faustsymphonie vom Gewandhausorchester unter Nikisch zu hören, ist ein hoher Genuss. Das

scheinbar so schwer verständliche Werk wird unter Nikisch Leitung klar und durchsichtig. Die Themen sprechen gleichsam. Bewundernswert ist die freie, sogenannte deliktatorische Sicherheit, mit der Nikisch, besonders im ersten Satze, den immerwährenden Rhythmuswechsel behandelt, und die Accuratesse, mit der das Orchester seinem Leiter folgt. Das dabei auch das Kolorit überall trefflich zur Geltung kommt, und im Mephistojoche auch die phantastischen Instrumentalsonettse gehörig unterstrichen werden, versteht sich von selbst. Im Schlusschor sang Herr Emil Pinks das Tenorolo. Als Solist trat Herr Alexander Siloti auf. Er leitete den zweiten Teil des Konzertes mit dem Konzert für Piano-

forte (Nr. 2, Camoss, Op. 18) von Sergius Rachmaninoff ein, das zum erstenmal zu Gehör kam. Dieses Konzert, das einen düster-heroischen Charakter trägt, zeugt von tückigem Können der Komponisten. Eine gewisse Gebrängtheit in der Ausführung und besonders das schwere Ineinanderreihen von Orchester und Solo-Instrument, berühren angenehm. Aber, mag es sein, daß die Faustsymphonie noch zu sehr bei mir nachwirkt, oder lag es an dem Werk selbst, einen tieferen Eindruck vermochte ich von der Komposition nicht zu gewinnen. Herr Siloti

dem von uns vorgeschlagenen Absicherungsverfahren nicht zustimmen, das nur logisch ist, denn sonst kommt Verunsicherung in die Beratung und eine Verdoppelung derselben. Wir müssen Klarheit über die Grundsätze und das Material der Regierung haben. Es ist nicht bekannt, welche Beratungen und Vorschläge des Wirtschaftlichen Ausschusses die Regierung zu dem Gesetz veranlaßt. Ferner widerspricht Bebel der Ansicht des Vorsitzenden bezüglich der Geschäftsführung und erklärt aus seiner langjährigen Erfahrung die Besonderheiten aus früherer Zeit, sowie die Entwicklung der Gebräuche. Er ist dafür, daß die Redner nach der Reihenfolge ihrer Wortmeldung zum Wort kommen.

Vorsitzender: Ich glaube, wir können die Geschäftsführungsbefreiung nun ruhen lassen. (Allseitige Zustimmung.)

Blankenhorn: Material liegt genug vor in den Wünschen der Petenten, der Gegner und Freunde der Zölle. Enquête sind ja jetzt von den Parteien vorgenommen worden, das genügt und macht eine Generaldebatte nicht nötig.

Gotha: Für Erhebung ist das kontrabitorische Verfahren nötig. Das ist bei der Umfrage der Regierung nicht beliebt worden, daher ist das übrigens geringfügige Material nicht einwandfrei. Es ist nur ein kleiner Teil der ausgegebenen Fragebögen beantwortet worden. Der Kampf um die landwirtschaftlichen Zölle hört mit der etwaigen Annahme des Tarifs nicht auf. Von rechts und links wird er, je nach dem Ausfall der Entscheidung des Reichstags, weitergeführt werden. Deshalb ist eine Enquête mit kontrabitorischem Verfahren notwendig. Die Generaldiskussion verschlieben, wie es Abg. Blankenhorn will, ist unpraktisch.

Abg. Müller-Neintingen: Man muß ein gewisses Misstrauen haben, wenn man hört, wie Sie das Gesetz durchberaten, wie Sie die Sache deckeln wollen. Wenn wir über diese Formalitäten so weiter diskutieren, liegt das nicht im Interesse der Anhänger des Tarifs; es geht Zeit verloren. Abg. Helm hat z. B. im Plenum Zahlensätze vorgeführt, die öffentlich bewußt resp. widerlegt wurden, so daß auch das in einer Generaldebatte behandelt werden muß. Auch die Frage der etwaigen Aufhebung der Salzsteuer steht in Verbindung mit dem Zolltarif und muß erörtert werden. Lehnen sie eine Generaldebatte ab, dann verlängern sie die Spezialdiskussion ins unendliche.

Dann schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird die Vorannahme einer Generaldebatte mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mit gleicher Stimmenzahl wird der Antrag Singers, sofort in die Beratung der Agrarzölle, Abschnitt A des Zolltarifs, einzutreten, abgelehnt.

Dagegen wird mit 20 gegen 8 Stimmen beschlossen, zuerst das Gesetz zum Zolltarif, mit Ausnahme des 2. Abschnittes in § 1 (Mindestzölle für Getreide betr.) zur Beratung zu bringen.

Die nächste Sitzung findet Montag statt. Ferner werden in der Regel alle Tage Sitzungen stattfinden, außer Montags und Sonnabends.

Die Vorgänge in China.

Tungfuhsiang verhaftet.

Reuters Bureau meldet aus Peking vom 8. Januar: Mehrere hohe Beamte hatten heute im kaiserlichen Palast eine Audienz. Der Kaiser figurierte nur als Dekorationsperson, während die Kaiserin-Witwe die Unterhaltung führte und den Kaiser, der melancholisch und teilnahmslos dastand, völlig unbesiegt ließ. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß beim Empfang die freudigen Truppenabteilungen anwesend waren. Die Kaiserin-Witwe scheint von der Notwendigkeit einer verjährlichen Politik überzeugt zu sein. Sie erließ ein Edikt, in welchem befohlen wird, daß Tungfuhsiang hingerichtet werden soll. Ein Talarer general in Kanton hat das Urteil zu vollstrecken. Zuversicht, Ankunft und Tschangtschitung haben gemeinsam eine Denkschrift an die Kaiserin-Witwe gerichtet, in welcher sie Tungfuhsiang für die Ermordung des belgischen Missionars verantwortlich machen und dessen Hinrichtung empfehlen, bevor er einen Aufstand hervorrufen oder die Regierung in Schwierigkeiten mit den Freunden verwickelt hätte.

Der Talarer general in Kanton hat daraufhin telegraphiert, er habe Tungfuhsiang in seinem Namen gehangen genommen, und erbat Instruktionen von der Kaiserin-Witwe, welche darauf die Ausführung ihres Ediktes befahl.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Erste Kammer des Landtags beschloß nach dem Gutachten der Deputation und dem Vorgehen der Zweiten Kammer einstimmig und ohne Debatte, die Petition des Bergbauvereins Zwickau Richter in Sachsen, betr. den Erlass eines Gesetzes wegen ärztlicher Behandlung unheilbar kranker Personen, auf sich beruhen zu lassen. Petent wünscht den Erlass eines Gesetzes, nach welchem es den Ärzten auf anständlichen Wunsch unheilbar kranker, schwerleidender Personen gestattet sein soll, die von ihren Leidern zu erlösen. Der Referent bemerkte hierzu:

Obgleich man auch in juristischen Abhandlungen und Zeitschriften Anschauungen im Sinne des Petenten begegne und diese in einzelnen Fällen vielleicht auch einer gewissen Berechtigung nicht entbehren, so würde doch der Erlass eines diesbezüglichen Gesetzes dem Missbrauch Thor und Thür öffnen und die Sicherheit des Menschenlebens gefährden. Außerdem würde eine derartige gesetzliche Bestimmung in das Gebiet der Reichsgesetzgebung fallen, weil sie eine Änderung des Reichsgesetzes erfordere.

Das Entwurfsgesetz steht in der Ersten Kammer auch in der Fassung, wie es aus der Zwischen-deputation an die Kammer gelangt ist, auf Widerspruch. Die Zweite Kammer hat den Entwurf bekanntlich angenommen. In der Ersten Kammer aber machten sich die schwersten Bedenken Lust, erblieb man doch sogar in der Fassung des Entwurfs eine Verfassungsverletzung. Selbst

nach eingezogenen Erläuterungen gar nicht in Zwickau, noch viel weniger wohnt der Betreffende, wie er angegeben, Mühlgrabenweg Nr. 8... Auf den wiederholten Vorholt, ob sich auch alles, wie er geschildert, genau so verhält, erklärte er feierlichst, daß er alles beschwören könne, daß die Zwickauer Nachrichten bereits versprochen hätten, den Fall ebenfalls zu bringen. Gleichzeitig beschrieb er uns den Tageblatt-Medikament so genau, daß da wir den Herrn persönlich kennen, für uns gar kein Zweifel an der Wahrheit aufkommen könnte. Wie wir ferner mitteilen wollen, deutet eine Spur darauf hin, daß das Subjekt von anderer Seite zu der Gemeinde gedungen war. — Bewahrheitet sich die letztere Annahme des Volksblattes, so wäre nun zu wünschen, daß es gelänge, den Buben zu ermitteln, der zu der Gemeinde angefeindet hat.

Nehlskau, 8. Januar. Im hiesigen Gemeinderat wurde bisher der einzige darin vertretene Sozialdemokrat nicht nur in mehrere Ausschüsse delegiert, sondern auch mit Amtchen geradezu überladen. Nachdem jedoch die letzten Gemeinderatswahlen dieses Ortes den Sozialdemokraten zwei neue Mandate gebracht haben, schloß man aus Wut über die Verstärkung der sozialdemokratischen Vertretung sämtliche drei Sozialdemokraten von der Teilnahme an der Ausschussharbeit aus! Offiziell machen die Amtsgestellten nunmehr im Plenum der reaktionären Mehrheit desto mehr die Hölle heiß!

Keine Nachrichten aus dem Lande. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Freiberg wurden aus Langhennersdorf die Haustiere eines angelebten Landwirtes sowie eine auf dem Gehöft desselben in Diensten stehende Magd wegen drogenden Verdachtes des Vergewaltigens gegen das leidende Leben zur Haft verhaftet. Man bringt diesen Rüffel erregenden Vorfall mit einer in Leipzig stattgefundenen Verhaftung einer Hebamme in Zusammenhang, deren schändlichem Treiben eine Dresdener Kellnerin zum Opfer fiel, wodurch die Sache ans Tageslicht kam. — Großes Aufsehen erregt in Lauenstein die Kenntnis, daß der aus seinem Amt entlassene und stückig gewordene Stadtkellner Reiter während seiner Amtszeit zahlreiche Unterschlagungen begangen hat. Es werden Fehlbeträge in Höhe von zusammen 30000 bis 40000 Mk. genannt, doch ist etwas Verlässliches darüber noch nicht zu erfahren. Nur soviel steht fest, daß die umlaufenden Gerüchte über schwere Verluste der Lauensteiner Sparkasse jeglicher Grundlage entbehren, da die unterschlagene Gelder durch beschlagnahmtes Vermögen des Kellners gebettet sind. — Der 42-jährige Wirtschaftsbetriebsleiter Julian aus Lüdersdorf hatte sich nachmittags 4 Uhr in die Mühle in Kamenz begeben, um Futtergries zu holen. Zwei Stunden darauf ist der Benannte, mit dem Sack Futtergries auf der Schulter, mit eingeschlagener Schädelsschelle in bewußtem Zustande zu Hause vorgefunden worden, wo er noch vollständig bewußtlos niedergelegt. Dem Schwerverletzten schlägt außer der Mühle nichts; ob somit ein Verbrechen oder ein Unfall vorliegt, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. R. ist verheiratet und Vater von 6 Kindern.

g. Halle a. S., 9. Januar. Der preußische Verfassungsgrundgesetz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ wurde auch heute abend bei dem Beginn der „öffentlichen“ Vorträge des Professors Dr. Conrad über: Die soziale Frage der Gegenwart, recht treffend illustriert. Seit Wochen wurde angekündigt, daß Herr Professor Conrad im Auditorium des Universitätsgebäudes Donnerstags von 8—9 Uhr abends acht öffentliche Vorträge für Herren und Damen über die verschiedensten Themen, wie z. B.: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Zeichen eines Kulturstoffs. Die Lehren der Sozialdemokratie u. a. halten werde. Der Preis der Vortrags für den ganzen Zyklus ist auf 5 Mk. festgesetzt. Selbstverständlich hatten sich hierzu auch Vertreter unserer Parteiabläufe eingefunden, um über die nun einmal als öffentlich ausgeschriebenen Vorträge, die sich direkt mit unserer Partei beschäftigen sollen, Bericht zu erstatten. Man sollte meinen, den Vertretern der Wissenschaft könne es nur recht sein, wenn ihre Lehren dem arbeitenden Volke, überhaupt der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden. Herr Prof. Conrad bemerkte aber einleitend, daß die Vorträge allerdings als öffentlich ausgeschrieben wären, jeder Bürger könne teilnehmen; aber er möchte dringend und nachdrücklich bitten, über den Inhalt der Vorträge keine Referate in die Zeitungen zu bringen. Er werde sich sonst nicht so frei aussprechen können, wie er möchte; er werde keine Fragen zu besprechen haben und der Regierung gegenüber über harte Worte gebrauchen müssen, die leicht zu Missverständnissen führen könnten. Wir müssen es uns aus gewissen Gründen verknüpfen, über den Inhalt der Vorträge zu berichten, bemerken aber, daß wir im ersten Vortrage jedes harte Wort gegen die Regierung vermitten.

Erhöhung der Gerichtsgebühren. Das soeben erschienene Dekret 25 enthält den Entwurf eines Gesetzes, die Erhöhung der Gerichtsgebühren betreffend. Die beiden Paragraphen lauten:

S. 1. Die nach landesgesetzlichen Vorschriften zu erhebenden Gerichtsgebühren werden um 25 vom Hundert erhöht. Umfaßt eine Kostenberechnung mehrere Gebühren, so tritt die Erhöhung bei deren Gesamtsumme ein. Pfennigbeträgen des Zuschlags, die ohne Bruch nicht durch 10 teilbar sind, werden auf den nächsthöheren durch 10 teilbaren Betrag abgerundet.

S. 2. Dieses Gesetz tritt am 1. März 1902 in Kraft. In Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Unterlegungswesens findet die Erhöhung hinsichtlich derjenigen gebührenpflichtigen Handlungen nicht statt, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes schon erledigt sind. Bei Gebühren, die nach Kalenderjahren oder Rechnungsjahren zu erheben sind, tritt die Erhöhung mit Beginn des neuen Kalenderjahrs oder Rechnungsjahrs ein.

In einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragten Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungs-Vorhaben sind die Gebühren in der zeitlichen Höhe zu erheben. Im Zwangsverwaltungs-Vorhaben findet jedoch mit dem Beginn eines neuen Verwaltungsjahrs die Erhöhung insoweit statt, als Gebühren für Verwaltungsjahre erhoben werden.

Zwickau, 9. Januar. Auch das Sächsische Volksblatt hat einen Fall Simon. Unser Vorderblatt berichtet: Wir brachten vor einigen Tagen eine Notiz, wonach einem Arbeiter E. G. Pehold auf dem Stadtbauamt 3 Mk. für rückständige Steuern abgezogen werden seien. Alsdann sei, so hatte uns der Betreffende vor Zeugen erklärt, er in die Redaktion des Ziv. T. gegangen, dort aber abgewiesen. Wie wir jetzt zu unserem Bedauern constatieren müssen, hat uns der Arbeiter in ganz gemeiner Weise angelogen, der Name Ernst Hermann Pehold existiert

Während unseres Räumungs-Verkaufes

empfehlen wir als hervorragend preiswert, soweit der Vorrat reicht:

Eine Partie

Morgenröcke

Stück von 3 Mark an

Radmäntel

Capes

Eine Partie

Blusen

Stück von 1 Mark an

Jacketts

■ zum Teil für die Hälfte des Wertes! ■

Eine Partie

Unterröcke

Stück von 1.50 Mark an

Paletots

Costumes

250]

Königsplatz

Steigerwald & Kaiser

Königsplatz.

Jena. 9. Januar. Die Arbeitslosenzählung ergab am hiesigen Orte 265 Arbeitslose, davon waren 143 verheiratet mit 303 Kindern, sowie 122 ledige. Organisiert davon 47; die Gesamtzahl der Arbeitslosenlage beträgt 9313, gleich 35 Tage pro einzelnen Arbeitslosen. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 8 Monate, die kürzeste 1 Tag. Von den betroffenen Verheiraten trugen deren Frauen in 37 Fällen zum Unterhalt bei.

Jena. 9. Januar. Im Jahre 1901 haben im hiesigen Krematorium 84 Feuerbestattungen stattgefunden; davon entfallen 25 auf Leichen von Jena und 59 auf Leichen aus anderen Orten, hauptsächlich München und Berlin. Insgesamt sind bis zum Ablauf des vergangenen Jahres im hiesigen Krematorium 197 Leichen verbrannt worden.

Gotha. 9. Januar. Am vergangenen Sonntag unternahmen nach dem Volksblatt etwa 80 organisierte Arbeiter eine Zählung der ganz und teilweise ohne Beschäftigung in der Stadt Gotha wohnenden Personen. Das vorläufige Resultat lautet: 400 Personen befinden sich gänzlich ohne Arbeit. Darunter sind 234 verheiratet mit 120 Kindern und 166 ledig. Organisiert waren davon 73 (40 verheiratete, 33 ledige), unorganisiert 327 (197 verheiratete, 133 ledige). Rechnet man die Ehegatten und Kinder mit den Arbeitslosen zusammen, so erhält man 1054 Menschen in unserer Stadt, die augenblicklich ohne Existenzmittel sind. Leute, die nur mit beschränkter Arbeitszeit beschäftigt sind, wurden 252 ermittelt. Davon 219 verheiratet mit 474 Kindern und 33 ledige. Organisiert waren darunter 48, nicht organisiert 204. Der Ausfall an Lohn schwankt zwischen 3 bis 10 Mk. wöchentlich; im Durchschnitt 6 Mk. Rechnen wir beide Kategorien von Arbeitslosen zusammen, so erhalten wir die bedeutende Zahl von 1054 + 945 = 1999 Menschen, die von der jetzigen Krise mehr oder minder hart allein in der kleinen Stadt Gotha betroffen werden. Bei unserer Einwohnerzahl von 34 651 macht das an nähernd 6 Prozent aus. Und dabei ist die Statistik noch recht unvollständig. In der That bedenkliche Verhältnisse.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig. 10. Januar.

Bei der Wahl der Generalsammlungsvertreter zur Kreisräteklasse, die am 17., 18. und 19. Februar stattfindet, sind seitens der Arbeitnehmer zu wählen: in der 1. Abteilung 131 Vertreter und 65 Stellvertreter, in der 2. Abteilung 88 Vertreter und 44 Stellvertreter und in der 3. Abteilung 102 Vertreter und 51 Stellvertreter. Im Interesse der Gewerkschaften wird es nun liegen, in ihren Versammlungen zu der bevorstehenden Wahl Stellung zu nehmen und für geeignete Kandidaten Sorge zu tragen.

Unser "vorsichtiger" Hesse ist nun auch von den Antisemiten gefragt worden, wie er sich zum Bollartis stelle. Besonders ist der nationalliberale Abgeordnete Professor Hesse auf antisemitischen und nationalsozialen Kreisen in den Reichstag geholt. Dagegen scheint er auch den Antisemiten gegenüber auf dem Grundsatz festhalten zu wollen: Schweigen ist Gold. Die Freisinnige Zeitung schreibt: "Nach der antisemitischen Deutschen Wacht hat der Vorstand der deutschsozialen Reformpartei in Leipzig am Freitag den nationalliberalen Abgeordneten vertraulich über seine Stellung zum Bollartisen entwurf gestrahlt. Vertraulich scheint auch das Ergebnis dieser Begegnung gehalten werden zu sollen; denn bisher verlautet darüber nicht das Geringste."

Wie die Konkurrenzverwaltung der Leipziger Bank auf Anfrage mitteilt, erfolgt die Auszahlung der ersten Abschlagszahlungen an die Gläubiger am 16. Januar. Ein neuer Prüfungstermin, der nachträglich eingelassenen Forderungen wird am 16. Januar stattfinden. Voraussichtlich wird Mitte Februar eine neue Gläubigerversammlung anberaumt.

Leipzigs Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig (Bureau für kostenlose Auskünfte, Städtisches Kaufhaus, Kupfergässchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 30. Dezember 1901 bis 5. Januar 1902 in den Leipziger Hotels 2663 Fremde angekommen, darunter 2514 Reichsdeutsche; 187 aus anderen europäischen Staaten und 12 aus außereuropäischen Ländern. — Zu Anschluß hieran bringen wir die im Bureau des Verkehrsvereins gemachten Zusammenstellungen über den Verkehrshotelkreis im Monat Dezember 1901. Die in Klammern beigelegten Zahlen beziehen sich stets auf den vorangegangenen Monat November. 8807 (10303) Reichsdeutsche; 25 (18) Belgier; 3 (1) Bulgaren; 13 (24) Dänen; 77 (84) Engländer; 86 (126) Franzosen; — (1) Griechen; 30 (84) Holländer; 21 (39) Italiener; 221 (321) Österreicher; 6 (17) Rumänen; 54 (96) Russen; 22 (27) Schweden und Norweger; 28 (28) Schweizer; — (5) Serben; 1 (4) Spanier; 8 (3) Türken; 42 (52) Ungarn; — (—) andere Nationen; 2 (9) Afrikaner; 72 (86) Amerikaner; 8 (2) Asiaten; — (—) Australier, in Summe 9501 (11280) Hotelgäste. In diesen Zahlen sind jedoch die Fremden nicht einbezogen, welche Leipzig am Tage der Ankunft wieder verlassen haben, oder die in Privatwohnungen abgestiegen sind. Die Zahl der Herbergsgästen betrug im Monat Dezember 7204 (7851), woraus sich eine Gesamtfrequenz von 16705 (18681) Fremden ergibt.

Eine Selbstmordaffaire. Am Anfangswehr ist, wie bereits gemeldet wurde, vorgestern abend eine 24 Jahre alte Schneiderin aus L.-Neustadt mit einer Schuhwunde im Kopf aufgefunden worden. Es wurde angenommen, daß hier ein Selbstmord vorliege, doch sind nun darüber Zweifel entstanden, ob sich das Mädchen auch wirklich selbst getötet hat. Die That ist mittels einer neben der Leiche vorgetragenen Testungspistole mit gezogenem Lauf ausgeführt worden. Zur vollständigen Klärung der Sache wird der Verkäufer der vermutlich erst kurz vor der That gekauften Waffe ersucht, sich umgehend bei der Kriminalabteilung des Polizeiamts zu melden.

Selbstmord. Heute vormittag wurde im Flutkanal der Leichnam einer 22 Jahre alten, zuletzt in der Gabelsbergerstraße in L.-Neustadt wohnhaften Arbeiterin aufgefunden, deren Sachen bereits vorgestern am Ufer des Flutkanals gefunden worden sind. Das Motiv zum Selbstmord ist unbekannt.

Unfälle. An der Alten Elster wurde gestern nachmittag der 44 Jahre alte, in der Sternwartenstraße 71 wohnende Ratsarbeiter Horn von einem Pferde dergestrichen an den Kopf geschlagen und verletzt, daß der bedauernswerte Mann mittels Droschke in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

In der Elisabethstraße zu L.-Vollmarßdorf wollte gestern vormittag ein 49 Jahre alter Geschäftsführer während der Fahrt auf den von ihm geführten Motorwagen der Straßenbahn aufsteigen, wobei er abglitt. Der Mann geriet mit dem linken Unterschenkel unter die Räder und wurde so verletzt, daß er ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Auf der Kreuzung der Nordstraße an Löhrs Platz wurde gestern mittag eine 70 Jahre alte Weberbechtfrau aus L.-Vindheim beim Überqueren der Straße von einer Droschke umgerissen, wobei sie eine Kopfverletzung davontrug. Der Frau wurde in der Sanitätswache Hilfe geleistet. Den Kutscher soll kein Verhältnis trennen.

kleine Volksnachrichten. In der letzten Zeit sind in verschiedenen Häusern hiesiger Stadt häufige Einbrüche in Bodenräumen verübt worden. So wurde gestern mittag aus einem Raumraume ein schwarz- und grünmeliertes Winterüberlebender, ein dunkelgrauer Jackentanz und ein goldener Herrenfingerring mit rotem Stein gestohlen. In einem Hause am Floßplatz wurde der Einbrecher verschont, nachdem er bereits die Vorobenhüt und Sammelthür gewaltsam aufgerissen hatte. Der Dieb wird beschrieben: Etwa 30 bis 32 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, mit blassem Gesicht und dunklem Schnurrbart.

Gestohlen wurde gestern von einem Volkswagen ein Palet mit 1000 Stück Mexiko-Zigarren, die in 10 Röhren verpackt waren.

In der Nacht zum 9. Januar wurde aus dem Hofraum eines Grundstücks der Mittelstraße ein zweibrüdiger, verdeckter Federhandwagen mit der Firmenbezeichnung Germanenbrot gestohlen. Wegen der Entwendung einer Uhrkette im Wert von 100 Mk. mußte eine 16jährige Verkäuferin zur Verantwortung gezogen werden. Sie hatte die Kette ihrem Prinzipal gestohlen.

Ein 31 Jahre alter Arbeiter, von hier, wurde in Haft genommen, weil er sich eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht.

Ein Essenbrand, den die Feuerwehr bald beseitigte, wurde gestern abend in der 7. Stunde aus dem Grundstück Walstraße 20 gemeldet. — Im Grundstück Friedrichstraße 26 war gestern abend durch das Unvermögen einer Petroleumlampe Feuer in einer Wohnung entstanden. Der Brand wurde von Hausbewohnern gelöscht, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht in Thätigkeit kam.

Vereine und Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung der Bäcker, die am Mittwoch in der Flora abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Haltung der in hiesigen Großbetrieben beschäftigten Bäcker gegenüber den Verbandsbeschlußen. Im Verband der Bäcker ist befürchtlich durch Urabstimmung beschlossen worden, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen und demzufolge den Wochenbeitrag von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen. Etwa 70 Bäcker in den Großbetrieben weigern sich, diesen erhöhten Beitrag zu zahlen, weil angeblich die Arbeitslosenunterstützung dem Verband keinen Nutzen, sondern Schaden bringt, sie wollen innerhalb des Verbandes eine Sektion der in Großbetrieben beschäftigten Bäcker bilden, auf die Arbeitslosenunterstützung, die für sie verlustlos sei, verzichten und nur einen wöchentlichen Beitrag von 30 Pf. zahlen. Der Vertreter des Centralvorstandes der Bäcker, Kretschmar-Hamburg, weist auf die Konsequenzen hin, die aus einer solchen Haltung entstehen müssen. Es sei unerhört, daß sich gerade die besser gestellten Arbeiter weigern, den erhöhten Beitrag zu zahlen. Von einem Ausbau der Organisation könne bei einem solchen Vorgehen keine Rede sein, damit werde höchstens den Bestrebungen der Bäckermeister Vorschub geleistet. Einen ähnlichen Standpunkt vertreten die anwesenden Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsbüros, die am Schlusse der Versammlung die Erklärung abgaben, Verhandlungen mit den Bäckern nicht mehr führen zu wollen, dagegen aber der Leipziger Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, sofern die fehligen Differenzen nicht baldigst beigelegt werden, zu dem Verhalten eines Teiles der Bäcker in Großbetrieben in dem gegenwärtigen sowie in zahlreichen früheren Fällen entschieden Stellung zu nehmen. Die Sonderbestrebungen würden durch die Bäcker Köhler, Thiele und Neumann vertreten. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, wonin sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und, da sich bei der erfolgten Urabstimmung zwei Drittel der Verbandsmitglieder für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen haben, es im Interesse der gewerkschaftlichen Disciplin für eine Weile der Minorität hält, sich der Majorität zu fügen. Der größere Teil der Opposition hatte vor der Abstimmung das Votum verlassen.

Am Fortbildungsbereich Leipzig-West fand am 5. Januar die diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsteher berichtete über die Tätigkeit des Vereins und der einzelnen Abteilungen. Es wurden zwei Konzerte, ein Schauturnen, ein Ballspiel, ein Kinder- und ein Säuglingsfest abgehalten; des Weiteren wurden drei Ausschlüsse unternommen. Zwei Eingaben des Vereins hatten Erfolg. Ein Vortragsabend mit einem Durchschnittsbefund von 100 Personen, sowie ein Diskussionsabend mit durchschnittlich 72 Teilnehmern wurden abgehalten, außerdem zwei Generalversammlungen. Der Vorstand lagte an 27 Abenden. Der Wert des Vereinsgegenstands beläuft sich insgesamt auf 1616,52 Mk. Die einzelnen Abteilungen entfalteten ihre Tätigkeit wie folgt: Die Sängerabteilung übt an 46 Abenden mit einem Höchstbesuch von 85 und einem Mindestbesuch von 60 Teilnehmern. Die Turnabteilung übt an 97 Abenden mit einem Höchstbesuch von 87 und einem Mindestbesuch von 36 Mitgliedern. Die Sängerabteilung zieht zur Zeit 85, die Turnabteilung 67 Mitglieder. In der Naturheilsabteilung wurden Menschen und Apparate an 34 Mitglieder verteilt. Die Bibliothek wurde von 142 Lesern durch Entleihe von 371 Büchern benutzt. Die Bibliothek hat einen Bestand von 280 Büchern. Genoss Köhler gibt hierauf den Kassenbericht. Danach stellt sich einer Einnahme von 2188,60 Mk. eine Ausgabe von 1639,92 Mk. gegenüber; es bleibt somit ein Kassenbestand von 488,68 Mk. Genoss Kretzschmar verliest hierauf den Kassenbericht der Turnunfallkasse; diese hat eine Einnahme von 145,40 Mk. und eine Ausgabe von 120 Mk. zu verzeichnen, mithin einen Bestand von 25,40 Mk. Auf Antrag des Genossen Berger, der namens der Revolutionser erklärt, Bücher und Kasse seien in bester Ordnung gefunden zu haben, wird dem Majorier Discharge erteilt. Die nunmehr vorgenommenen Wahlen der Verwaltungsmittel ergeben folgendes Resultat, gewählt sind der Genossen Karl Krüger (1. Vorsteher), Gustav Köhler, Otto Treff, Max Jung, Otto Edlich, Wiebisch und Faatz als Vorstandsmitglieder, Karl Apelt, Wuschwitz und Karl Köhler als Erstzähler, sowie Herm. Lange, Karl Peter und Max Poppa als Kassören. Des Weiteren werden verschiedene Vereinsangelegenheiten besprochen. Der Antrag, auf jedes aus der Bibliothek entnommene Buch nach vierwöchentlicher Lesezeit eine Gebühre von 5 Pf. pro Woche zu erheben, wird angenommen. Genoss Berger erklärt noch zum Schlusse, die Mitglieder möchten auch in Zukunft durch rege Agitation und Versammlungsbefreiung den Verein immer höher zu bringen suchen; er weist auf den in diesem und nächsten Monat stattfindenden Vortragszyklus des Genossen M. Witzki hin und schließt die gutbesuchte Versammlung.

Der Arbeiterverein Hänichen und Umgegend hielt am 4. Januar seine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Vereins- und Gemeindeangelegenheiten. Untererster Punkt wurde beschlossen, die Generalsammlung am Sonntag den 19. Januar nachmittags 2 Uhr stattfinden zu lassen. Anträge hierzu müssen acht Tage vorher beim Vorstande eingereicht werden. Zur Lösung der Badegäste wird eine siebenstellige Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zu erledigen hat. Unter Gemeindeangelegenheiten wurde den anwesenden anlässlichen Gemeinderatsmitgliede eine Rüge erteilt, weil er in einer Gemeinderatsitzung 5 Mk. jv. den Patriotenbund zum Börsenplatzfestmal mit bewilligte. Seine Entschuldigung, daß es doch nur 5 Mk. seien, und er sich habe durch die veränderte Art des Abstimmens

büpfieren lassen, wurde von den Versammlten nicht gutgeheißen. Verschiedene Genossen betonten, bei solchen Abstimmungen hätte es die Obrigkeit gewollt. Pflicht eines sozialdemokratischen Gemeinderatsvertreters ist es, zu solchen Sammlungen seine Stimme nicht zu geben, und ein kräftiges Wort in die Begriffe zu legen, daß verabschiedet wird. Die 5 Mk. hätte man lieber zum Ausgaben der Wege mit benutzen können; doch für solche Angelegenheiten ist kein Geld da. Ebenso befindet sich das Armenhaus in ganz traurigen Verhältnissen. Es wäre besser, wenn die Steuerzahler der Einwohner zu nützlichen Sachen in der Gemeinde verwenden würden. Der Patriotenbund möchte doch seine Sammlungen bei den kapitalistischen anbringen und arme Gemeinden aus dem Spülzellen lassen. Ebenso wird das Sammeln in den Schulen zu diesem Zweck von der Verantwortung kritisieren. Als kurios ist noch zu bemerken, daß im hiesigen Gemeinderat zuweilen drei und vier Redner zugleich sprechen; es wäre angebracht, daß etwas mehr parlamentarisch verfahren würde.

Gerichtszaal.

Landgericht.

Leipzig. 9. Januar.

Wegen Rötigung und Verübung groben Unfugs hatte sich vor der zweiten Strafklammer der 31 Jahre alte Ziegelerarbeiter Otto Hermann Fischer aus Grimma zu verantworten, der gegenwärtig eine ihm am 4. Oktober vom Landgericht zu Leipzig wegen schwerer Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung zuströmte achtmonatige Gefängnisstrafe verbüßt. In den Nachmittagsstunden des 14. September kam Fischer in angetrunkenem Zustande nach Hause und bemerkte, daß die beiden mit im selben Hause wohnenden, etwa 19 Jahre alten Burschen, die Brüder Fischer, sich in der Bodenklammer befanden und zum Fenster herauschauend, sich über die in der Nähe spielende Militärfabrik lustig machten. Er wurde darüber so erbost, daß er ihnen mit Schlägen drohte. Darauf hätten sie ihn geschimpft, was die beiden in Abrede stellten. Fischer soll nun den beiden mit einem Rohtstock gedroht haben, wenn sie herunter kämen, sollte er sie rot schlagen, wie eine Witze. Die beiden bekamen nun Angst und wagten sich nicht herunter. Etwa zwei Stunden lang soll er so gelobt und geschimpft haben, daß sich etwa 200 Personen vor dem Hause angehäuft hatten. Die Polizei hat dann dem Skandal ein Ende gemacht und die beiden Burschen aus ihrem Versteck bereit. Fischer bestreitet, Nadau gemacht zu haben, auch hätten die beiden ruhig herunter kommen können, ohne daß ihnen etwas geschehen wäre. Er habe ihnen nur gedroht, weil sie ihn geschimpft hätten. Das Gericht verurteilte Fischer zuerst zu den acht Monaten zu einer Gefängnisstrafe von einem Tag und wegen groben Unfugs zu zwei Tagen Haft.

Wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung standen heute vor der dritten Strafklammer der 1873 in Forsthaus in Thüringen geborene Kellner Friedrich Wilhelm Klüppel, der 1877 auf der Hohen Sonne bei Eisenach geborene Kellner Friedrich Nebel und der ebenfalls 1877 in Jenzig i. A. geborene Kellner Wilhelm Reichard. Anfang November v. J. waren die ersten beiden stellenselbst und trafen sich auf dem Arbeitsnachweis des Deutschen Kellnerbundes. Um sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, sahnen sie den Plan, durch fingierte Stellenangebote sich Geld zu verschaffen. Der Kellner Nebel schrieb an Klüpple auf einem Geschäftsformular eine Mitteilung, daß er für ihn gegen Erlegung einer Kautions von 250 Mk. eine Stelle im Palasthotel hier habe. Dieser benutzte nun dasselbe Formular, das mit dem Namen Paul Lohse, Palasthotel hier, unterschrieben war und bot diese Stelle einem früheren Nebenkollegen, dem Kellner Th. aus Wenigenjena an, wissend, daß dieser Geldmittel besitzt. Th. ging nun auf die Offerte ein, teilte Klüpple die Zeit der Abfahrt von dort mit und wurde von diesem am 14. November mittags vom Thüringer Bahnhof abgeholt. Vorher war der Plan, wie Th. gern ist, werden sollte, von Klüpple und Nebel sein ausgelösigt worden. Der Logiswirt L. S. B. sollte den Besitzer vom Palasthotel spielen. Dieser lehnte aber ab und so änderten sie die Sache um und Nebel mußte den Geschäftsführer vom Palasthotel markieren und der Mitangeklagte Reichard mußte das Vorstellen besorgen; er gab sich dabei als Geschäftsführer vom Fürstenhof aus. Klüpple war mit Th. vom Bahnhof nach dem Café Bauer gegangen, wo Reichard schon wartete. Er teilte den beiden mit, daß er den Geschäftsführer Nebel vom Palasthotel erwarte; Lohse sei verreist. Dieser erschien denn auch gleich darauf und schloß das Engagement mit Th. auf den Monat Dezember ab und stellte für die von Th. erhaltenen 250 Mk. Kautions eine Quittung aus. Th. fuhr denselben Nachmittag wieder nach Hause, während Klüpple, Nebel und dessen Wirt in zwei Tagen die 250 Mk. in Weinleinen und Bordellen verbrachten. Reichard hat von dem Geld nichts erhalten. In der heutigen Verhandlung suchten die Angeklagten sich damit heranzurechnen, daß Th. sein Geld wiederbekommen sollte. Klüpple will ein Sparkassenbuch mit 500 Mk. Einlage gehabt haben und Nebel die Auszahlung einer Hypothek zu erwarten gehabt haben, während Reichard überhaupt nicht gewußt haben will, was die beiden mit Th. vor hatten. Durch die Zeugenaussagen Th.s werden ihre Ausreden aber widerlegt. Der Staatsanwalt beantragt eine exemplarische Bestrafung. Der Verteidiger Nebels sucht darzulegen, daß keine Urkundenfälschung vorliege, sondern lediglich eine Offerte. Das Gericht sah die beiden, Klüpple und Nebel, der schweren Urkundenfälschung für überführt an und verurteilte sie wegen dieser Vergehen und des Betrugs: Klüpple zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis, Nebel zu einem Jahr zweit Monaten und Reichard wegen Betrugs zu vier Monaten Gefängnis. Da ein Monat der erlittenen Untersuchungshalt kommt auf die Strafe in Acrechnung.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Burzen. 9. Januar.

1. Einhundertsechzehnzigtausend Mark sind für den Bau des hiesigen Artilleriekasernens weniger gebraucht, als wie veranschlagt worden ist. Dieser ganz bedeutende Aufwand ist eine Folge des Submissionswesens. 167 000 Mk. haben sich hier die Handwerksmeister aller beteiligten Berufe gegenwärtig abgeschunden, so etwas gehört eben mit zu den Zeichen der Zeit und beweist, wie "segensreich" die Innungen wirken. Was war das für ein Hallo und ein Jubel unter den hiesigen Patrioten, als die Thatstache bekannt wurde, daß wir ein Regiment Artillerie als Garnison bekommen würden. Es würde Geld unter die Leute kommen, der Geschäftsmann, der Handwerker, vor allem der Arbeiter hätten den größten Vorteil davon. In dieser Tonart ging es fort, und nun

Es die Enttäuschung da, nicht für uns, sondern für die biederer Patrioten, der Handwerker hat nicht viel daran und der Arbeiter noch viel weniger. Die biegsigen Maurermeister versuchen nun auch schon, den Studentenlohn der Maurer herabzudrücken, die Maurer werden aber, wie immer, auf dem Polen sein, und trotz der schweren Krisis die schwer errungenen Vorteile zu erhalten wissen, indem sie fest zu ihrer Berufsorganisation halten.

Der Volksbildungverein hält Sonnabend den 11. Januar 9 Uhr seine Generalversammlung im Vereinslokal ab. Kostenbericht und Reimahl des Gesamtvorstandes sind die Hauptpunkte, die auf der Tagesordnung stehen. Alle Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus der Partei.

Unsere elsässisch-lothringischen Parteigenossen hielten am Sonntag in Colmar eine Landeskongress ab, deren wichtigste Gegenstände die Reform der Landesorganisation und die Regelung der Preszverhältnisse bildeten. Nach dem Bericht der Straßburger Freien Presse wurde alsstellig hervorgehoben, daß sich die im Jahre 1897 bei Gründung des neuen Landesorganisation gegebenen Erwartungen nicht erfüllt haben. Der Fehler wurde in der allzu straffen Centralisation erblitten, die den einzelnen Bezirken nicht die genügende Aktionsfähigkeit gewährte und den so verschiedenartig gesetzten wirtschaftlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung trug. Man einige sich schließlich auf einen Antrag Wölfe, laut welchem das Land in drei Bezirke eingeteilt wird, für welche selbständige Agitationssomitees gewählt werden. Über die Presse wird berichtet: Sowohl die Wülfhäuser als auch die Straßburger Genossen einigten sich dahin, vom 1. Januar ab selbständig ein Blatt für sich herauszugeben. Für Wülfhausen erscheint nun seit diesem Tage die in Frankfurt gedruckte Freie Presse, sozialdemokratisches Organ für Oberelsaß, während in Straßburg die Freie Presse für Elsass-Lothringen weiter erscheint. Mehrere Redner aus der Provinz lobten das Vorgehen der beiden Städte. Beide Blätter wurden jedoch von der Konferenz als Parteiblätter anerkannt und es den Genossen der einzelnen Parteirode überlassen, welches Blatt sie in Zukunft beziehen wollen.

Von Nah und Fern.

Jugendlicher Verbrecher.

Hamburg, 9. Januar. Der hier in Hof befindliche dreizehnjährige Knabe Solomon hat eingestanden, an dem seit dem 22. Dezember verschwundenen dreijährigen Knaben Emil Schauer am Hafen ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben; der Kleine sei darauf in die Elbe gefallen. Man nimmt an, daß noch ein weiteres Geständnis über den Tod des Knaben nachfolgen wird. Alle Nachforschungen der Polizei nach der Leiche des Knaben sind erfolglos geblieben.

Lebte Nachrichten.

Washington, 9. Januar. Das Repräsentantenhaus nahm

Jede Hausfrau verlangt
„MOHRA“
einzig bester und billiger Ersatz für
BUTTER.

Wir empfehlen unser

vorzügliches Bockbier

in Fässern, Flaschen, Siphons u. Kannen bestens.

Der Ausstoss beginnt

Sonnabend den 11. Januar 1902.

Brauerei Gross-Crostitz Akt.-Ges.

Abteilung Lindenau.

Telephon Nr. 5489.

Leipzig. [263]

Wringmaschinengut, rep., zu 8, 10, 12, 14, soz
wie Gummiwalzen, kost.
Reparaturen billig beiA. Bernstein
Geserstraße 38, Gos.**Aufpolstern** Sofas v. 6 Mf. an

Matr. „3“ Rich. Arnolds Möbelhallen

Leipzig-Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 66.

Schnellsohlerei mit Dampfbetrieb

Münzgasse 7. Schuh-Zulieferten

mit Leder- und Gummisohlen billig.

Herrensohle u. Absatzsohle v. Mf. 1.90 an.

Achtung!Neue und getragene Herren-,
Burshen- und Kinder-Anzüge sow. alle
Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Übren
kauf man gut und billig bei Max

Jungmans, Ede Thal- u. Seeburgstr.

4 Gebett Betteln sofort zu verkaufen

zu 12, 18, 19, 22, 24.

11614) Berliner Str. 20, I. I.

Gegen Würmer wendet man
Mauchterei als Mittel an.
Für 'nen Wurm hingegen kann
Sich begeistern jedermann.Berl. Sie ausdrückl. Wurms Magendoktor.
Vertreter Chr. Müller, Eisenbahnstr. 100.

mit 308 gegen 2 Stimmen die Vorlage über den Nicaragua-Kanal an. Ein Abänderungsantrag, der dahin lautete, § 1 durch einen anderen zu ersetzen, nach dem der Präsident ermächtigt wird, auch bezüglich der Panamalinie in Verhandlungen zu treten, war vorher abgelehnt worden.

Madrid, 10. Januar. In Saragossa kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Liberalen und Klerikalen. Die Liberalen schleudernden Steine gegen die Jesuitenklöster und versuchten dagegen einzudringen. Es wurden Schüsse gewechselt, wobei einige Personen verwundet wurden. Die Gendarmerie mußte einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Berksammlungskalender.

Freitag: Parteiversammlung, Thälmann Hof, Volksparkstr. Abends 10 Uhr.
Parteiversammlung, Schloss Lindenau, Lindenau. Abends 9 Uhr.
Sonnabend: Schwedle, Gorner Hof, Windmühlenstr. Abends 10 Uhr.
Mater und Sochter, Berggarten, Wilhelmsstr. Abends 9 Uhr.
Metallarbeiter-Kranken- und Sterbe-Kasse. (Gilde A. O.) Hotel Mohren, Langer. Abends 9 Uhr.

Theatervorstellungen.**Neues Theater.**

Freitag den 10. Januar: 9. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): **Luisa.**

Musikromant in 4 Akten und 5 Bildern. Dichtung und Musik von Gustave Charpentier. Ins Deutsche übersetzen von Otto Neipel. (Ohne Ouvertüre.)

Regie: Ober-Régisseur Goldberg. — Direktion: Novellmeister Hagel.
Der Vater hr. Schüll.
Die Mutter hr. Höhler.
Julia hr. Moers.
Der Nachschwärmer } hr. Merkel.
Der Narrenkönig } hr. Karl Groß.
Der Maler hr. Möß.
Der Bildhauer hr. Marion.
Der Liebhaber hr. Strigel.
Der Student hr. Greder, Henning.
Zwei Philosophen hr. Petrin, Ebenbüh.
Elise, Camilla hr. Untucht, Sengern.
Blanche, Gertrud hr. Kießling, Gordina.
Irena, Susanne hr. Weicker, Hofer.
Jeanne, Margarete hr. Sarta, Rotach.
Henrikette, Madeleine hr. Rapp.
Das Lehrmädchen hr. Gardini.
Lumpenfamilie hr. Schepfer.
Lumpensammlerin, Kohlensammlerin hr. Heiligen, Kiel.
Zeitungsmädchen, Milchfrau hr. Reinhold, Pöhl.
Zwei Schuhmänner hr. Wippel, Wagner.
Ein Trödler hr. Frick.
Straßenjunge, Straßenkehrerin hr. Rempe, Dallbors.
Verläuferin von Vogelsutter hr. Sarta.
Die Tänzerin hr. Schäffer.
Bewohner von Montmartre, Straßenjungen, Tänzerinnen.

Die Handlung spielt in Paris in der Gegenwart.

* * * Luisa — Tel. Schloß vom Stadttheater in Hamburg, als Gast. Scenenfolge: 1. Akt: Zimmer einer Arbeiterwohnung, 2. Akt, 1. Bild: Straßenplatz, 2. Bild: Näherrinnen-Welle, 3. Akt: Garten auf der Höhe des Montmartre, 4. Akt: Wie 1. Akt.

Nach dem 2. und 3. Akt finden längere Pausen statt.

Einfahrt 1/4 Uhr. Aufgang 1/7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Erh. Preise.**

Gillet-Vorlauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. **Villeto.** Vorlauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorlauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufgeld.)

Spielplan: Sonnabend: Goethes Faust. I. Teil. Aufgang 1/7 Uhr.

Altes Theater.

Freitag den 10. Januar:

Sein Doppelgänger.

Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequin und Georges Dubois, überzeugt und bearbeitet von Benno Jacobson. *

Regie: Regisseur Hänseler.

Anatol Varisart, Civil-Jugendur	hr. Hänseler
Colette, seine Frau	hr. Bleib
Aurore Decloper, seine Schwiegermutter	hr. Buse
Gaston Marchelle, Arzt	hr. Gelle
Suzanne, seine Frau	hr. Mandl
Oberst Schuhweis	hr. Ernst Müller
Rénobie, seine Nichte	hr. Rocco
Théodore, Setzler	hr. Walter
Cosimir, Diener	hr. Helmich
Sophie, Dienstmädchen	hr. Ruth

Ort der Handlung: Paris, Varisarts Wohnung.

Wader sei schlau!

Uaptspiel in 1 Akt von Julius Keller.

Ernst von Lenzenfeld hr. Körner

Hilda Broof, Sängerin hr. Laue

Leschen, ihr Kommermädchen hr. Ruth

Strenge, Kapellmeister hr. Ruth.

Ort der Handlung: Eine große Stadt. — Zeit: Gegenwart.

Nach dem 2. Akt des 2. Stückes findet eine längere Pause statt.

Einfahrt 1/4 Uhr. Aufgang 1/7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Erh. Preise.**

Gillet-Vorlauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr an der Tages-

kasse (mit Aufgeld von 30 Pf. pro Billett).

Spielplan: Sonnabend: Frau Holle. Aufgang 3 Uhr. Die Schöne Helena. Aufgang 1/8 Uhr.

Küchenzelte der städtischen Speiseanstalten.

Sonnabend: Speiseanstalt I (Johanniskloster): Kartoffeli, u. Würzen mit Schöpfen. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelmus mit frischer Wurst.

Gemein Gewerkschaftslärtell für Leipzig und Umgegend.

Wochender: August 21/12, L-Ang., Rudolfstr. 3, II. R. Kellerei: Hermann Wölfel, L-Mendel, Friedrich August, Straße 2a, III. Büro und Kunden: Coburger Hof, Windmühlenstr., Sonnabend abends von 1/8 bis 9 Uhr.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Mein diesjähriger
Inventur-Ausverkauf
beginnt Sonnabend den 11. Januar a. cr.
Hugo Blum

Wäsche-Ausstattungs-Magazin
Leipzig, Reichsstr. 9, pt. 1. u. 2. Et.

283

Frisch eingetroffen! [266]**Schellfisch, Seelachs.****Scholle, Zander, billig!****Weißfische, Bl. 25 Pf.****Elskarpen, Bl. 55 Pf.****Lebende fette****Schuppenkarpfen, Bl. 80 Pf.****Spiegelkarpfen, Bl. 90 Pf.****Fischhalle „Ostsee“**

26 (Neufelderh.) Wurzener Straße 26.

Monatsgarderobe.

Neu u. wenig getragene Anzüge, Herbst-

u. Winter-Paleto's, Frocks u. Gesellschafts-

Anzüge, Juppes u. Mäntel in verschied-

Sorten und Preisklassen, sowie auch leh-

weise bei reeller Bedienung. [8851]

M. Kindermann**1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.****Unterlichterleitst. jeder**

Tageszeit, auch Sonntags.

Herrn, Baptist, Braufr. 25

Walter lehre i. 2 Stund.

gründl. Extrakturkurs i. Contr. findet jed.

Mittw. statt. Beginn v. 15. Januar an.

Käufe und Verkäufe.**Dauerhaft-Bettstellen**

mit guten Sprungfedern

(beste Arbeit) 25 Mf.

[516] Dresdener Straße 23, Seitengeb. I.

Groschmoker, Tapeten, (vis-à-vis Pantheon).

Marzipan-Bruch**Snape & Würf**

Fabrik: Eilenburger Straße 19.

Stadtgeschäft: Grimmaischer Steinweg 11.

Großes gäggd. Barbiergeschäft sofort zu

verkaufen. Off. n. N. W., Polland 15.

Ipracht. Bettstelle, Matratze, Ober-

Unterbett u. Riesen, zusammen mit 28, 6,

sofort zu verkaufen. Brühl 46/48, Bördel-

Grundstück.

Prachtvolle Ottomane, Bettstelle, Matr.,

2. Beilage zu Nr. 7 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 10. Januar 1902.

Reichstag.

148. Sitzung. Donnerstag, 9. Januar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: Führer v. Thielmann, Graf Posadowsky,
Die

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Bachem (Centr.):

Das Bill, das der Herr Reichsschafsekretär gestern gezeichnet hat, war jedenfalls das trifftigste, das wir je kennen gelernt haben. Dabei hat er noch nicht einmal alle Schallentfernen erwähnt. Noch 1899 aber schrieb Freiherr v. Thielmann die Finanzlage des Reichstags auf Schaffung neuer Steuern nicht zu haben. (Sehr richtig im Centrum.) Genau so wie Herr Dröppi kurz vor der Flottenvorlage neue Ausgaben für die Flotte energisch in Abrede stellte, so leugnete auch Herr v. Thielmann gegenüber den Meldungen des Reichstags die Notwendigkeit, neue Einnahmequellen zu eröffnen. Was ist denn die eigentliche Ursache der jetzigen ungünstigen Finanzlage? zunächst ist aus den vorigen Jahren kein Überschuss mehr vorhanden. Dazu kommen die Mindererlöse infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und die großen Mehrausgaben, z. B. bei den Chinaunternehmen. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind erheblich zurückgegangen. Das liegt zum Teil an der Abnahme des Verkehrs, zum großen Teil aber auch an dem Gebaren der großen Kohlen- und Eisenbundes. Diese Syndikate haben außerordentlich verschärfend auf die Krise ein gewirkt. Wir müssen daher dem Gebanken näher treten, wie dieser Täglichkeit der Syndikate, soweit sie mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar ist, entgegengetreten werden kann. Am meisten würde sich wohl eine wirksame Staatsaufsicht empfehlen.

Untere Verpflichtung ist in einem Maße geftiegen, wie man es vor Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. Meine politischen Freunde haben bei jeder Gelegenheit versucht, zu bremsen, um die Höhe der Ausgaben einzuschränken. (Oho! links.) Leider haben wir speziell bei den Nationalliberalen nicht die genügende Unterstützung gefunden. Die Hauptfahrt an der Stellung der Ausgaben liegt aber nicht bei den Mehrheitsparteien des Reichstags (Oho! bei den Sozialdemokraten), sondern vor allem bei der Regierung. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ganz neu ist die Thatfahrt, daß auch die Post nur einen ganz minimalen Überschuss zu verzeichnen hat. Ihr Etat hat sich um 28 Millionen seit 1900 verschlechtert. Davon kommen nur 8 Millionen auf die Entschädigung der Privatposten, und ich glaube nicht, daß das Deficit von 20 Millionen nur auf den wirtschaftlichen Rückgang zurückzuführen ist, wie Herr v. Thielmann meinte. Das Reichsschafsekretär hat doch wohl gegenüber den erheblichen Etatsüberschreitungen der Post zu wenig seinen Einfluss geltend gemacht. Wir sind der Meinung, daß das allgemeine Gebaren der Post in den letzten Jahren doch etwas zu leicht gewesen ist. Man darf nicht mit der Tarifherabsetzung sowohl vorgeben, daß auf der anderen Seite die Steuern erhöht werden müssen. Die ermäßigten Tarife kommen nur den Handels- und Gewerbetreibenden zu gute, während durch die neuen Steuern die Gesamtheit belastet wird. Die Post muß unbedingt dafür sorgen, daß sie zu ihren früheren Einnahmen zurückkehrt.

Der Zeitungsbauabsatz, der bereits auf 9 Millionen zusammengeschmolzen war, die wir in diesem Jahr hätten ausgeben sollen, ist nunmehr zu einem Haß ohne Boden gemacht worden, indem „bis auf weiteres“ jährlich 14 Millionen für Zeitungsbauten gefordert werden. Ich glaube nicht, daß der Reichstag sich in einer Zeit, die wie die heutige, zur Sparsamkeit mahnt, auf einen derartigen Vorschlag einlassen wird.

Ich komme zu den Ausgaben der Chineexpedition. Nach den geführten Ausführungen des Herrn Dröppi wird die zu zahlende Entschädigung unsere Auslagen im wesentlichen decken. Herr Sübekum hat gestern mehrmals von einem chinesischen Abenteuer gesprochen und gemeint, diese Expedition wäre für uns eine große Blamage gewesen. Nach seinen Ausführungen müßte man glauben, der Sozialdemokrat wäre es ganz recht gewesen, wenn von unserer Seite auf die Errichtung unseres Gefandens hin absolut nichts geschehen wäre. Von Seiten der Sozialdemokratie haben wir noch nie ein Wort der Anerkennung für die Notwendigkeit der Chineexpedition gehört, sondern nur immer eine scharfe Kritik der Begleitererscheinungen. Ich halte diese aber für weniger wichtig, mit Ausnahme allerdings einer Erscheinung, die besser unterbleiben wäre. Ich meine die Fortnahme der astronomischen Instrumente aus der Sternwarte in Peking. Die Kriegsverwaltung hat ja später der chinesischen Regierung angeboten, diese Instrumente wieder zurückzugeben, hat also damit schon das Unberechtigte der Wegnahme zugegeben. Nach Zeitungsmeldungen soll dann die chinesische Regierung mit Rücksicht auf die hohen Transportkosten die Zurücknahme abgelehnt haben, aber es wäre doch natürlich unsere Pflicht gewesen, uns auch zu erkennen, die Kosten für den Rücktransport selbst zu übernehmen, nachdem die Instrumente einmal unberechtigterweise nach Deutschland geschafft waren. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Gebräuchte das nicht, so würde ich darin allerdings eine Schädigung des Ansehen des deutschen Volks gegenüber der chinesischen Regierung erblicken.

Der Herr Reichsschafsekretär hat nun gestern von einer Zuschlagsanleihe von 35 Millionen Mark gesprochen. Damit soll ein Deficit in dem Ordinarien gebekt werden. Die Reichsversicherung sieht aber lediglich vor, daß in dem Falle eines „außerordentlichen Bedürfnisses“ Anleihen erhoben werden können. Die Wahl dieses Wortes scheint mir zu beweisen, daß man es ausdrücklich hat ausschließen wollen, ein Deficit in den ordentlichen Bedürfnissen des Reichs, wie sie im Ordinarien enthalten sind, durch Anleihen zu decken. Der Herr Reichsschafsekretär scheint ja anderer Meinung zu sein, bis ich aber eines besseren belehrt werde, bleibe ich dabei, daß die hier geforderte Zuschlagsanleihe verfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Der Bundesrat hatte die Verpflichtung, seinerseits auf die Beschleierung der Ausgaben zu bringen und durfte sich dabei nicht immer auf den Reichstag verlassen. Entschieden müssen wir uns gegen die Ausführungen des Professors Laband wenden, der die Aufstellung der lex Franckenstein fordert. Herrn Laband ist es in dieser Frage ebenso gegangen wie anderen Professoren, die aus ihrer Gelehrtenstube heraus in das öffentliche Leben treten, er urteilt ohne genügende Kenntnis der Dinge vom grünen Tisch aus. Die gewünschte Reichsfinanzreform würde eine ganz falsche Richtung einschlagen, wenn sie mit einer Befestigung der Clausula Franckenstein beginne. (Reichsfunkler Graf Bülow betritt den Saal.) Eine reine Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reichs und der Einzelstaaten ist ganz undurchführbar. Damit würde der Einfluß der einzelnen Bundesstaaten im Bunde erheblich sinken. Jetzt haben sie einen guten Grund, auf eine vernünftige Beschränkung der Ausgaben des Reichs hinzweisen. Der Herr Reichsschafsekretär hat das Schreckgespenst neuer Steuern an die Wand gemalt. Ich bin im Gegenfahrt zu ihm der Meinung, daß wir bei einiger Sparfahrt auch ohne solche Steuern vorläufig ganz gut auskommen können.

Was nun die allgemeine Lage betrifft, so habe ich mich zunächst gefragt, daß gestern nummehr auch von Seiten der Regierung jene Ausführung des englischen Ministers Chamberlain, die die so allgemeine Erregung im deutschen Volke hervorgerufen hatte, eine Zurückweisung erfahren hat. Graf Bülow hat auch über den Dreibund gesprochen. Wenn auch der Dreibund die Verjährung der nationalen Gegenseite der 6er und 7er Jahre darstellt, wie er ausführte, so wird doch dadurch die Wegnahme des patrimonium posti nicht berührt, dessen Wiederherstellung im Interesse aller Katholiken des Erreichs liegt. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetze:

Der Herr Vorredner hat von großen Etatsüberschreitungen seitens der Postverwaltung gesprochen. Dass diese vorgelommen sind, ist nicht zu leugnen. Einen steinernen Verlust haben wir durch die Verkürzung der Zeitungsgebühren sowie auch der Fernsprechgebühren gehabt. Mit der Ausdehnung des Fernsprechnetzes über das Land ist Deutschland besonders unter seinem Vorgänger epochenmäßig vorgegangen. Die Einnahmen aus den Neuanslagen können sich natürlich erst allmählich bemerkbar machen. Große Ausgaben haben auch die erhöhte Beamtengehälter verursacht. Aber ich glaube nicht, daß man uns leichtfertiges Umgehen mit dem uns zur Verfügung stehenden Gelde vorwerfen kann.

Abg. Richter (rechts, Bp.):

Mit den getriggerten Neuerungen des Reichskanzlers Grafen Bülow über den englischen Minister Chamberlain können wir uns vollständig einverstanden erklären. Es wird in dieser Frage sich die Richtigkeit des Ausspruches des Grafen Capriol erweisen, daß in nationalen Fragen alle Deutschen einig sind. Damit aber, meine ich, wäre nun in der Sache genug geschehen. Wir wissen, was wir an unserem Heere haben und wir wissen auch, was es mit jenem englischen Minister für eine Bewandtnis hat. (Sehr gut!) Wir haben wichtigeres zu thun, als uns noch weiter mit den rednerischen Entwicklungen dieses auswärtigen Ministers zu beschäftigen. (Sehr gut! links.)

Der Reichskanzler hat weiter in längeren Betrachtungen über den Dreibund gesprochen. Die beständigen Bemerkungen des Grafen Stolberg schenken ihm eine willkommene Gelegenheit zu blitzen, um diese, wie ich anerkenne, sorgfältig vorbereiteten Neuerungen über den Dreibund zu thun. Bekanntlich ist ja die parlamentarische Rednertribüne für Minister des Auswärtigen ein beliebter Ort, um das zu sagen, was sich in diplomatischen Noten nicht ausfassen läßt. Ich stimme ganz dem bei, was der Reichskanzler über die Bedeutung und Geschichte des Dreibunds gefagt hat. Nur der letzte Teil seiner Ausführungen ist mir nicht ganz klar. Er sagte, daß der Dreibund heute, wenn er auch immer noch sehr schätzbarwert sei, doch nicht mehr die hohe Bedeutung habe, wie in früherer Zeit. Das scheint zu sagen: der Dreibund ist ja recht schön, aber wenn er nicht mehr ist, dann geht es auch so. Was beweisen diese Neuerungen in diesem Augenblick? Vielleicht sind sie weniger an unsere als an andere Adressen gerichtet, vielleicht an die Dreibundregierungen oder an die Volksvertretungen dieser Länder, um die Erneuerung von Verträgen zu erleichtern. In den heutigen Morgenblättern sind vielerlei Kombinationen zu lesen, wonach zwischen Italien und Frankreich eine Erwerbungsgesellschaft vorbereitet ist, die einerseits auf Tripolis, andererseits auf Albanien hinzieht. Was weiß ich davon? Die Zukunft wird Lehren, was daran wahr ist. Qui vivra, verrà. Der Reichskanzler meinte, die Ausdehnung unserer Politik auf überseeische Länder, die Weltpolitik bietet erhöhte Garantien für den Frieden. Dieser höheren Metaphysik ist mein beschränkter Unterthanenverständnis nicht gewachsen. (Sehr richtig! links.) Ich habe in der Schule immer gelernt, daß je größer die Reibungsfläche ist, um so leichter Reibungen entstehen, daß also mit der Ausdehnung unserer Politik auf überseeische Länder die Gefahr von Verwicklungen sich steigert. Der Reichskanzler hat auch den Gegenfall zwischen der Bismarcks und der jeglichen Politik nicht ganz richtig geschildert. Auch Bismarck hatte mit überseeischen Fragen zu thun; unter seiner Initiative ist ja sogar die Kolonialpolitik entstanden, aber er hatte immer das richtige Augenmaß für die Bedeutung überseeischer Fragen im Verhältnis zu den europäischen Dingen. Ob dasselbe Augenmaß jetzt noch vorhanden ist, ist mir mitunter zweifelhaft, zumal angesichts der Neuerung, die jetzt auf dem ganzen Erdball keine wichtige Entscheidung getroffen werden könnte ohne die Mitwirkung des deutschen Kaisers.

Der Schafsekretär hat nicht ganz recht, wenn er den ungünstigen Etat dieses Jahres auf die Depressions der Erwerbsverhältnisse zurückführt. Er hat nur die Einnahmen des Reiches in den verschiedenen Jahren verglichen, nicht aber über die steigenden Ausgaben gesprochen. (Sehr gut! links.) Der Schafsekretär mußte selbst zugeben, daß bei den Posteinnahmen ein Abfall nicht zu merken sei. Die 500 Millionen Bölle sind also durch die Depression nicht tangiert, auch die Brausteuern, Branntweinsteuern und Zuckersteuer werden durch die finanzielle Lage nur in geringfügigem Maße beeinflußt. Der Schafsekretär sprach bei gleicher Gelegenheit von der Brüsseler Zuckerkonferenz. Er stellte noch am Grab die Hoffnung auf. Man sollte die Ausfuhrprämien selbstständig aufheben, dann würden wir mit einem Schlag 98 Millionen ersparen. Beyleglicht der Börsensteuer meinte der Schafsekretär, die Ingenieure hätten sich vergeblich bemüht, diese Maschinerie in Gang zu bringen; nun, er selbst ist doch der leitende Ingenieur dabei. (Sehr gut! links und Heiterkeit.) Warum ist er nicht vorher so klug gewesen und hat auf unsere Mahnungen gehört, die Steuerfahne niedriger zu bemessen? (Sehr richtig! links.) Auch die Zustände bezüglich des Differenzabwandes können nicht so bleiben, wie sie sich jetzt herausgestellt haben. Der Schafsekretär sprach von den steirischen Verhältnissen der Post. Ich stimme hier der Kritik des Abgeordneten Bachem in vielen Dingen zu. Auch ohne die ungünstige Konjunktur wäre das Postbesitz für 1900 nahezu ebenso groß gewesen, wie jetzt. (Buntes Abg. v. Kardorff: Gerade so, wie bei der Börse.) Man hat deshalb mit überseeischen Fragen zu thun; unter seiner Initiative ist ja sogar die Kolonialpolitik entstanden, aber er hatte immer das richtige Augenmaß für die Bedeutung überseeischer Fragen im Verhältnis zu den europäischen Dingen. Ob dasselbe Augenmaß jetzt noch vorhanden ist, ist mir mitunter zweifelhaft, zumal angesichts der Neuerung, die jetzt auf dem ganzen Erdball keine wichtige Entscheidung getroffen werden könnte ohne die Mitwirkung des deutschen Kaisers.

Der Schafsekretär hat nicht ganz recht, wenn er den ungünstigen Etat dieses Jahres auf die Depressions der Erwerbsverhältnisse zurückführt. Er hat nur die Einnahmen des Reiches in den verschiedenen Jahren verglichen, nicht aber über die steigenden Ausgaben gesprochen. (Sehr gut! links.) Der Schafsekretär mußte selbst zugeben, daß bei den Posteinnahmen ein Abfall nicht zu merken sei. Die 500 Millionen Bölle sind also durch die Depression nicht tangiert, auch die Brausteuern, Branntweinsteuern und Zuckersteuer werden durch die finanzielle Lage nur in geringfügigem Maße beeinflußt. Der Schafsekretär sprach bei gleicher Gelegenheit von der Brüsseler Zuckerkonferenz. Er stellte noch am Grab die Hoffnung auf. Man sollte die Ausfuhrprämien selbstständig aufheben, dann würden wir mit einem Schlag 98 Millionen ersparen. Beyleglicht der Börsensteuer meinte der Schafsekretär, die Ingenieure hätten sich vergeblich bemüht, diese Maschinerie in Gang zu bringen; nun, er selbst ist doch der leitende Ingenieur dabei. (Sehr gut! links und Heiterkeit.) Warum ist er nicht vorher so klug gewesen und hat auf unsere Mahnungen gehört, die Steuerfahne niedriger zu bemessen? (Sehr richtig! links.) Auch die Zustände bezüglich des Differenzabwandes können nicht so bleiben, wie sie sich jetzt herausgestellt haben. Der Schafsekretär sprach von den steirischen Verhältnissen der Post. Ich stimme hier der Kritik des Abgeordneten Bachem in vielen Dingen zu. Auch ohne die ungünstige Konjunktur wäre das Postbesitz für 1900 nahezu ebenso groß gewesen, wie jetzt. (Buntes Abg. v. Kardorff: Gerade so, wie bei der Börse.) Man hat deshalb mit überseeischen Fragen zu thun; unter seiner Initiative ist ja sogar die Kolonialpolitik entstanden, aber er hatte immer das richtige Augenmaß für die Bedeutung überseeischer Fragen im Verhältnis zu den europäischen Dingen. Ob dasselbe Augenmaß jetzt noch vorhanden ist, ist mir mitunter zweifelhaft, zumal angesichts der Neuerung, die jetzt auf dem ganzen Erdball keine wichtige Entscheidung getroffen werden könnte ohne die Mitwirkung des deutschen Kaisers.

Der Schafsekretär hat nun gestern von einer Zuschlagsanleihe von 35 Millionen Mark gesprochen. Damit soll ein Deficit in dem Ordinarien gebekt werden. Die Reichsversicherung sieht aber lediglich vor, daß in dem Falle eines „außerordentlichen Bedürfnisses“ Anleihen erhoben werden können. Die Wahl dieses Wortes scheint mir zu beweisen, daß man es ausdrücklich hat ausschließen wollen, ein Deficit in den ordentlichen Bedürfnissen des Reichs, wie sie im Ordinarien enthalten sind, durch Anleihen zu decken. Der Herr Reichsschafsekretär scheint ja anderer Meinung zu sein, bis ich aber eines besseren belehrt werde, bleibe ich dabei, daß die hier geforderte Zuschlagsanleihe verfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Der Bundesrat hatte die Verpflichtung, seinerseits auf die Beschleierung der Ausgaben zu bringen und durfte sich dabei nicht immer auf den Reichstag verlassen. Entschieden müssen wir uns gegen die Ausführungen des Professors Laband wenden, der die Aufstellung der lex Franckenstein fordert. Herrn Laband ist es in dieser Frage ebenso gegangen wie anderen Professoren, die aus ihrer Gelehrtenstube heraus in das öffentliche Leben treten, er urteilt ohne genügende Kenntnis der Dinge vom grünen Tisch aus. Die gewünschte Reichsfinanzreform würde eine ganz falsche Richtung einschlagen, wenn sie mit einer Befestigung der Clausula Franckenstein beginne. (Reichsfunkler Graf Bülow betritt den Saal.) Eine reine Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reichs und der Einzelstaaten ist ganz undurchführbar. Damit würde der Einfluß der einzelnen Bundesstaaten im Bunde erheblich sinken. Jetzt haben sie einen guten Grund, auf eine vernünftige Beschränkung der Ausgaben des Reichs hinzweisen. Der Herr Reichsschafsekretär hat das Schreckgespenst neuer Steuern an die Wand gemalt. Ich bin im Gegenfahrt zu ihm der Meinung, daß wir bei einiger Sparfahrt auch ohne solche Steuern vorläufig ganz gut auskommen können.

Das ganze Dichten und Trachten des Schafsekretärs scheint mir darauf gerichtet gewesen zu sein, daß die Einzelstaaten möglichst wenig an das Reich zu zahlen haben und möglichst viel vom Reich bekommen. (Schr richtig!) Der Herr Schafsekretär warnte vor der Erhöhung der Matraklarbeiträge mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten. Er sagte, er hätte eben die Thronrede gelesen und daraus ginge hervor, daß der preußische Etat nur mit energischen Abstrichen zur Bilanzierung hätte gebracht werden können. Ich habe aber aus der Thronrede genau das Gegenteil herausgeholt (Heiterkeit), daß nämlich auf den verschiedensten Gebieten der Staatsverwaltung neue Ausgaben möglich gewesen wären. Herr v. Thielmann sprach von den kleinen thüringischen Staaten, die eine Erhöhung der Matraklarbeiträge nicht ertragen. Nun, dann ermäßige man doch diesen kleinen Staaten die Beläge, wegen der paar hunderttausend Mark, die hier in Betracht kommen, können wir doch nicht die ganze Reichsfinanzpolitik zum Scheitern bringen. Es freut mich, daß das Centrum festhält an der lex Franckenstein und von der Parole „Los vom Reich“ seitens der Einzelstaaten nichts wissen will. Wenn die Herren im Bundesrat mitratzen wollen, müssen sie auch mitthaben. Für dieses Jahr hat man es sogar fertig gebracht, die Matraklarbeiträge noch gegen das Vorjahr um 2½ Mill. Mark zu verringern. Dem gegenüber steht ja ein Minus an Übervermögen, aber ich bin überzeugt, daß dieses Minus sich noch in ein Plus verwandeln wird, da die Bölleinnahmen und auch die Einnahmen aus den Stempelsteuern wesentlich höher sein werden, als sie geschätzt sind. Wie der Etat jetzt aussieht, sucht man seine Hilfe in einer Ausdehnung der Bumpwirtschaft, anders kann man das gar nicht nennen. Dieser müssen wir auf das entschiedenste entgegentreten durch Steigerung der Matraklarbeiträge und auch durch Sparmaßnahmen. Ich wende mich zunächst zum Militäretat. Da neue Formationen durch Gesetz ausgeschlossen sind, sucht man jetzt diese Bestimmung zu umgehen, es werden 800 Dekonomehandwerker in Civilhandwerker verwandelt. Wie steht es weiter mit den 7000 Mann, die der Reichstag abgeschrägt hat und auf deren Forderung man sich vorbehält, zurückzufallen, hat man das jetzt aufgegeben? In diesem Sommer hieß es, die 3 Regimenter mit 2 Bataillonen schreien nach ihrem 3. Bataillon. Man hätte uns das Präsenzverhältnis übersichtlich darstellen müssen, jetzt wissen wir gar nicht; ist mit den vorgenommenen Änderungen ein Abschluß erzielt, oder soll es weitergehen? Die Regierung müßte endlich dahin gelangen, von einer weiteren Präsenzerhebung in der Armee abzusehen. Das Quinquennatgesetz sucht man seiner Zeit zu begründen durch die Verhältnisse in Frankreich. Was hören wir aber jetzt von dort. Anstatt der Vermehrung des Rekrutenkontingents kann man nicht einmal das bisherige Kontingent aufrecht erhalten. Der Schafsekretär warnte davor, von den Bauten etwas abzustreifen und hat auf die Arbeitslosen hingewiesen. Vor allem aber kommt es darauf an, die Bauten zu beschleunigen, für die die Gelder längst bewilligt sind. Was den Sammelsounds für Festungsbauten anlangt, kann ich mich ganz den Ausführungen meines Vorredners anschließen. Bei den Böllergesetzen für Festungsbauten müßte mindestens zwischen den Erfordernissen für den Bau und die artilleristische Besetzung unterscheiden werden, sonst hört jede parlamentarische Kontrolle vollständig auf. Es kommen dabei ja nicht nur militärische Interessen, sondern auch diejenigen der beteiligten Städte in Frage.

Zum Marinetafel werden, abgesehen von den Anleihen, in diesem Jahre 15 Millionen Mark mehr erforderlich als im Vorjahr. Das Flottengesetz verlangt nun nicht für das einzelne Jahr bestimmte Raten, sondern gestattet, den wechselnden Finanzverhältnissen der einzelnen Jahre Rechnung zu tragen. Wird man aber in dem jetzigen ungünstigen Finanzjahr die 16 Millionen betragenden ersten Raten der Schiffe, die nicht gebauten sind, zurückstellen? Bei den Panzerplattenlieferungen sieht der neue Etat gegenüber den früheren Bauten Einsparungen vor. Diese Einsparungen hat die Regierung der Unterstützung zu verdanken, die ihr die parlamentarischen Verhandlungen gegenüber den einzelnen Firmen gewährten. Allein hätte sie diese Einsparungen nicht zu Stande gebracht. (Sehr richtig! links.) Schwer ins Gewicht fällt weiterhin, daß jetzt jeder kleine Kreuzer 800 000 Mr. mehr kosten soll, was einer Verkürzung um 20 Prozent gleichkommt. Kautschuk, das ja auch der Marinewerft untersteht, kostet 1½ Millionen Mehrzuschuß, jetzt demnach 12 Millionen. Kautschuk hat bis jetzt im ganzen 47 Millionen gefosst. (Hört, hört! links.) Wer hätte das gedacht, als damals sich die Landung so glatt vollzog. Die Versuche mit chinesischen Truppen sind nicht gelungen. Es ist höchst zweifelhaft, ob irgend einmal ein Äquivalent aus den Bergwerken- und Eisenbahnunternehmungen der Provinz Shantung uns zwölft. Nach den Neuerungen des Abg. Dr. Bachem hoffe ich, daß auch das Centrum nunmehr an Streichungen im Kolonialstaat herangeht. (Sehr richtig! links.) Wenn Prinz Arnsberg sich daran beteiligt, wird mich das besonders freuen. (Heiterkeit.) Auch die Dampferfahrt für die Kolonien verlangt steigende Ausgaben. Für den Gouverneur von Kamerun verlangte man von uns zunächst nur ein bisches Geld zu einem Dampfer (Heiterkeit), man nannte es damals Dampf-Sparfasse. (Große Heiterkeit.) Bei der Eisenbahn Swakopmund-Windhoek hat man uns schlaueweise die Schlagrate wieder in zwei Raten zerlegt. Inzwischen ist ohne weiteres Zulässig der Kostenanschlag für die Umspannstation, die jetzt von Tanga bis Korogwe führt, gestiegen. Im vorigen Jahre liegte Abg. Dr. Arendt Stimme zu machen für die Verlängerung der Strecke bis Mombasa, indem er von einem Missionär erzählte, der jetzt ohne Bahnverbindung einen mellenwelten Weg durch einen Sumpf zurücklegen müsse, um zu seiner Station zu gelangen. Dr. Arendt erklärte damals, er wisse, daß die Eisenbahn den Sumpf ungehe. Nun, sie geht mittler durch den Sumpf! (Hört, hört! links.) Was für Kosten in Afrika in einem Sumpf verschwinden, kann man sich ja denken. Zeigt es sich, daß Korogwe ein bekanntes Malarianest ist. (Hört, hört! links.) Der Endpunkt unserer bisherigen Eisenbahnverbindung also ist ein bekanntes Malarianest. (Unruhe rechts.) Nun sagt man: Von diesem Malarianest müssen wir wieder fortkommen, also die Eisenbahn weiterführen. Es wird uns mitgeteilt, daß die Strecke bis Mombasa zu Fuß passiert, ohne Gnade der Malaria verfällt, deshalb müsse man mit der Eisenbahn rascher hindurchkommen suchen. Das sind die afrikanischen Eisenbahnprojekte (Heiterkeit), früher nannten wir die Umspannstation die Kaffeebahn. Nun bestätigt sich diese Bezeichnung aber nicht. Das wundert uns um so mehr, als uns damals in der Budgetkommission in der zentralen Zentral-Umspannstation freudig wurde. (Heiterkeit.) Es war dort sogar ein lebendiger Kaffeeplantagenbesitzer zu sehen (Erneute Heiterkeit), dieser Herr wollte uns außerdem noch Kakao aus Kamerun und Cigarren aus Neu-Guinea spendieren. Sie wissen

Das nächstliegende bleibt unerfüllt, so die Reform des Wohnungsfeldzuschusses für Reichsbeamte. Die nächste Fürsorge für die Beamten bleibt zurück im Vergleich mit der phantastischen Weltpolitik in anderen Weltstellen. (Sehr richtig! links.) Statt der nächsten Heimatpolitik die Phantasie der Weltpolitik. (Besoffen links.)

Wie wollen wir aus China untere Millionen und Legionen zurückbekommen? Die Millionen sollen ja allmählich, die leiste noch 40 Jahren, zurückgezahlt werden. Die Bezahlung, die noch in China ist, kostet uns jährlich 26 Millionen Mark, das macht für jeden Mann durchschnittlich 5000 Mark. Dazu kommen die Kosten für Kaufhaus, für die ostasiatische Station, die Dammerfahrt u. s. w. Hier ist wieder einmal die Elle größer als der Kram. (Sehr richtig! links.) Man müsse die Besatzungstruppen in China erheblich vermindern, nur wir, die Engländer und die Franzosen halten die Provinz Pesschili noch besetzt. Die Größe unseres Kontingents steht in seinem Verhältnis zu unserem Interesse. Ob sich bei einer ernesten Chinasexpedition wieder Freiwillige finden, ist zweifelhaft. Es hat schon Mühe genug gesetzt, die Leute für ein weiteres Jahr dort zu halten. Aber wenigstens ist eine gewisse Erneuerung weiter für die Weltpolitik illusionärer Wollskreise erzielt, während der Weltmarschall, der mit tausend Mästen in den Ozean geschossen war, froh sein kann, von seiner unbankbaren Ausgabe erloszt zu sein.

Inzwischen erschwert die Polspolitik unsere politischen und handelsbedeutungen zu den fremden Mächten und dabei läudigte der Schatzkretär eine neue Bier- und Tabaksteuer an! Diese Industriezweige sind doch keine toten Körper, an denen man Experimente machen könnte. Die Tabakindustrie ernährt hunderttausende. Wir haben doch Agitationststoff genug gegen Sie. Wir brauchen es gar nicht mehr, dass Sie noch neue Steuerprojekte machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Um 500 Millionen sind die Steuereinnahmen seit der Thronbesteigung des jungen Kaisers schon gestiegen. Nun kommen Sie noch mit weiteren Projekten.

Die Reichschaft hat sich seit der Thronbesteigung 1888 mehr als verwirkt. An die dritte Milliarde knüpft sich bald die vierte an. So lange wir nicht zu den alten preußischen Traditionen einer sparsamen Finanzwirtschaft zurückkehren (Oho! Rufe und Lachen rechts), solange wird es nicht besser im Reich. Jene Traditionen müssen wieder zu Ehren kommen, die es ermöglichen haben, dass der preußische Staat die Grundlage für den deutschen Einheitsbau wird. (Lebhafte Beifall! links.)

Abg. v. Kardorf (Rp.):

Herr Richter hat eine große Vorrede auf den Fürsten Bismarck gehalten. Zu seinen Lebzeiten hat er das nie getan. (Sehr richtig! rechts!) Was die Mehrausgaben für Flotte, Heer u. in diesem Staat anlangt, so wird ja die Budgetkommission dieselben etwas scharf prüfen müssen, denn ich gebe zu, dass die gegenwärtige Zeit uns zwingt, den Daumen auf den Beutel zu halten. Die 7000 Mann wird die Regierung hoffentlich in diesem ungünstigen Jahre nicht fordern, eine Besleunigung der Marinabauten halte ich dagegen für sehr empfehlenswert. Die Kolonien müssen wir, wenn es nach dem Rezept des Herrn Richter ginge, heute gleich meißbieten verlassen. Behalten wir sie aber, dann müssen wir vor allem gute Verkehrswegs in den Kolonien schaffen. Das große

deutsche Volk hängt an seinen Kolonien, ich habe das überall beobachtet. (Lachen links.) Bei unserer jehigen wirtschaftlichen Krise ist es interessant, einen Vergleich mit dem Ausland zu ziehen. In den Vereinigten Staaten hat die industrielle Entwicklung in den letzten 10 Jahren eine geradezu phänomiale Entwicklung genommen.

Die Vereinigten Staaten haben sich eine große Kriegsschiff gefasst, haben Kriege geführt, treiben eine Weltpolitik, von der man doch immer behauptet, sie könne nur in einem Freihandelsstaat betrieben werden, und dabei herrscht in den Vereinigten Staaten das schwärmste Schuhzollsystem. Frankreich, dessen Kosttarif viel höher ist als der welche jetzt die Regierung bei uns vorlegt, treibt ebenfalls Weltpolitik, hat seine Handelsbilanz in den letzten 10 Jahren stetig verbessert, sein Metalbestand ist doppelt so groß als der unsrige. Und das alles bei einem Schuhzollsystem, das doch ein Land ins Elend und in die Verarmung bringen soll. Freilich lassen diese beiden Länder auch ihr Gold nicht invaseren gehen, wie das bei uns geschieht. Interessant ist die Stellung der französischen Sozialisten zur Landwirtschaft im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie. Alle Parteien sind sich in Frankreich darüber einig, dass es die Hauptfach ist, die Republik dauernd zu erhalten und das dies nur möglich ist, wenn man die Sympathien der seßhaften ländlichen Bevölkerung gewinnt. Daher unterstützt die französische Sozialdemokratie ihre Regierung in allen Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft. Bei uns aber verfolgt die Sozialdemokratie das erste Ziel, die Grundlagen des Staates und der Monarchie zu erschüttern und die seßhafte Landwirtschaft als die festeste Stütze der Monarchie zur Verleumdung zu bringen. Leider ist das auch bereits in einem Maße gelungen, wie sie es wohl selbst kaum glaubt. Sehr wünschenswert wäre es gewesen, wenn die Regierung von der Bestimmung des Kosttarifgetriebes Gebrauch gemacht hätte, in Zeiten der Not die Höhe zu verändern. Das heutige eine Nottage der Landwirtschaft besteht, ist doch nicht zu bestreiten. Viele hundertausend kleine Befürger sind in den letzten Jahren bankrott geworden. Für sehr bedenklich halte ich allzu langfristige Handelsverträge, die Periode von 10 Jahren. Wenn ich nach den bisherigen Erfahrungen bereits für zu lang. Wenn ich die Periode seit dem Abgang des Fürsten Bismarck überbliese, so muss ich ja anerkennen, dass sie manche große Leistung aufzuweisen hat. Dazu gehört die Gründung der deutschen Flotte, die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches, und woran ich den höchsten Wert lege, wir haben unsere Arme nicht auf ihren Vorberen einschlafen lassen. Im übrigen aber hat diese Periode eine verhängnisvolle Aehnlichkeit gehabt mit der Zeit nach dem Tode Friedrichs des Großen, wo man auch bemüht war, so schnell wie möglich alle segensreichen Errichtungen einzurichten, die der große König geschaffen hatte. — In der auswärtigen Politik haben wir das größte Vertrauen zu dem Herrn Reichskanzler, auch in der Wirtschaftspolitik muss ich anerkennen, dass die jetzige Tarifvorlage der landwirtschaftlichen Nottage wenigstens eingerohmt gerecht wird. Anders sieht es allerdings bezüglich der Sozialpolitik. Ich habe es nie begriffen, dass das Verbindungsvorbot für Vereine ausgehoben wurde, und ebenso wenig habe ich es verstanden, dass

man eine Partei, die sich den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung zum Ziel setzt, vor allem auch den Umsturz der Monarchie als gleichberechtigt anerkennt. Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung, ist gefragt worden, aber die französische Revolution war auch eine vorübergehende Erscheinung. Wir müssen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu den Wahlen zurückkehren, die man niemals hätte verlassen sollen. — Nachdem Herr Bebel neulich gegen die agrarische Begehrlichkeit gewettet hatte, sagte er: Wenn dieser Tarif Gelehrt werden sollte, dann kommt der Aufruhr. Er schien zu glauben, dass, wenn er so was sagt, er damit an irgendwelchen Stellen Eindruck macht. Ich hoffe, dass das ein Wahnsinn ist. Wir stehen unsere gegenwärtigen Staatsmänner doch zu hoch, als dass ich glauben könnte, sie ließen sich durch solche Drohungen einschüchtern.

Für außerordentlich wichtig halte ich es, dass dem Abstreben der minderjährigen Jugend nach den großen Industriencränen geziert werde, selbst wenn man dabei dem heiligen Freiheitssieg zu nahe treten sollte. (Hört, hört! links.) Die Bestimmung, wonach die Eltern verlangen können, dass der Sohn ihrer minderjährigen Kinder ihnen ins Haus geschickt werde, die heute leider nur auf dem Papier steht, muss energetisch gehandhabt werden. Wenn Sie (nach links) dazu nicht die Hand bieten, so trifft Sie die Verantwortung für die Verwahrlosung unserer Jugend. (Bravo! rechts.)

Abg. Thorer (kreis. Vg.):

Die Exemplifikation des Herrn Vorredners auf Frankreich war nicht angebracht. Frankreich hat viel mehr kleinen Grundbesitz als wir, wir streben nach dieser Richtung französische Zustände an. — Die Neuordnung des Herrn Chamberlain ist hier mit vollem Rechte durchgeweitet worden. Auch ich glaube, Chamberlain führt England nicht glücklich. Deshalb müssen wir aber doch Wert auf gute Beziehungen zu England legen. Über den Staat ist schon sehr eingehend gesprochen worden. Die Kolonien beschäftigen wir nun einmal und müssen sie daher so nutzbringend wie möglich gestalten. Für 1903 haben wir ein Defizit von 62 Millionen zu erwarten. Ein Teil desselben wird durch Anteilen gedeckt werden müssen. Man wird schließlich auf den Gedanken direkter Reichssteuern kommen müssen in der Form von Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuern. Der Herr Schatzkretär hat aus dem Rückgang der Einschätzungen der Post auf die Gefährlichkeit von Tarifverhandlungen geschlossen. Solche Ernährungen sollte man allerdings nur in kleinerem Maßstab und regelmäßig bewilligen, anstatt wie es diesmal geschah, in großem Umfang auf einmal. — Herr Südekum hat die industrielle Lage in den schwärmsten Farben gemalt. Unsere Industrie wäre aber sehr wohl in der Lage, die augenblickliche Depression zu überwinden, wenn nicht die Ungewissheit unserer handelspolitischen Zukunft dahinter stände. Neue Handelsverträge sind daher ein dringendes Bedürfnis. Werden diese nicht rechtzeitig abgeschlossen, so fürchte ich, dass die Hoffnung des Herrn Staatssekretärs, der nächste Staat werde besser ausschauen, sich nicht erfüllen wird. (Besoffen links.)

Hierauf verlagt das Haus die Weiterberatung des Staats auf Freitag 1 Uhr.



Wer hustet da? Der nehme sofort die echt russischen Knödelrich-Bonbons, & Ventel 25 g. 5 Beutel 1.—. Garantiert echt russ. Knödelrich. 8. mäßig genährt junge, gut genährt ältere 60 52 66 62 58 52 45 61 58 51 46 44 32 33 30 67 61 58

a) **Auktionskatalog:**
184 Kinder und zwar 10 Dörfchen, 7 Stalben, 70 Kühe, 29 Küllen;
897 Küder;
181 Stück Schafe;
1164 Schweine und zwar 1164 deutsche, — aus
2376 Tiere.
b) **Marktpreise für 50 kg in Mark.**

Tier-gattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht.	Schlacht-Gewicht.
Dörfchen:	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	70
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	65
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	60
	4. gering genährt jedes Alters	—	52
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemästet Kalben höchsten Schlachtwertes	—	66
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	62
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	58
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	—	52
	5. gering genährt Kühe und Kalben	—	45
Bullen:	1. vollfleischig höchsten Schlachtwertes	—	61
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	58
	3. gering genährt	—	51
Küder:	1. feinstfleischig (Wollschaf-Woll) und beste Saugküder	46	—
	2. mittlere Woll- und gute Saugküder	44	—
	3. geringe Saugküder	32	—
	4. ältere gering genährt (Fresser)	33	—
Schafe:	1. Wallfleisch und jüngere Wallfleisch	33	—
	2. ältere Wallfleisch	30	—
Schweine:	3. mäßig genährt Hammel und Schafe (Mergschafe)	—	67
	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	—	61
	2. fleischige	—	58
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	58
	4. ausländische (aus)	—	—
c) Verkauf:		116 Kinder und zwar 13 Dörfchen, 7 Stalben, 72 Kühe, 24 Küllen	116 Küder
181 Küder		181 Schafe	1145 Schweine

Garantiert reine Naturbutter.
Das Feinste, was es gibt.
Jedes Stück trägt das Lieferungsdatum.
Heutiger Preis 65 Pfg.
Erdbeerbutter - Gesellschaft, G. m. b. H.

Peterskirchhof 1/3. Tel. 2754.
Engros-Verkauf durch Gotthold Michaelis & Co. Tel. 4519.

Specialität.
Nur Kurprinzstr. 4.



Kaft sicht!

Viel unter Preis.
Eleg. Monatsgarderobe, getr. fast neu
Ausg.-Anzüge, einz. Sässos.
Felljahrs- und Sommers- Paletots
von 7½, 8, 9, 10, 11, 12-24 K.
Königsmunden-Auszüge 8 K.
Burkhardt-Auszüge, 7-13 K., 6½ K.
Knaben-Auszüge, 2-6 Jahr, 3½ K.

Hosen

zurüdigeleget
(auch in den größten Leibweiten)
dass Doppelte weit, 3, 3½, 4, 4½, 5,
5½, 6-10 K.

für Radfahrer, Turner u. s. w.
Neitz und Stiefelhosent.

Grosse Auswahl dauerhafter
Arbeitsbekleidung für jeden
Beruf zu enorm billigen
Preisen!

Schwarze Bekleidung etc.
Fracks und Gesellschafts-
Anzüge (auch leihweise).

Alles empfohlen wie Uhren, Ringe,
Sternengläser, Koffer. Alles billigst bei

Gebrüder Cohn

Nikolaistraße 27, 1 Et., Eingang
im Hause.

R. Becker, Uhrmacher
Leipzig, Ranstädter Steinweg 33.
Uhren, Goldwaren,
nur solide Ware, billige Preise.
Ansicht jederzeit, ohne Kaufzwang gestattet.

Wecker-Uhren v. Mt. 2.—, an. Herren-Rmont-Uhr v. Mt. 5.—, Damen-Rmont-Uhr v. Mt. 10.—, an. Regulatoren mit Schlagwerk v. Mt. 0.—, an. Nickeluhrketten v. Mt. —25 an, Doubleuhrketten v. Mt. 2.50 an.

Ringe Broschen Ohrringe Armbänder
v. Mt. 1.— an, v. Mt. 1.— an, v. Mt. 1.— an, v. Mt. 2.— an.

Leser der Volkszeitung erhalten 10% Rabatt.

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Böhmische und Teile-Dampfbäder, Einpuffungen, Spezialformen, anerkannt vor. Massagé, Dampnzeiten von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhalle, feststallares Wasser, Dampfzeit: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/2-11 Uhr vorm., außerdem Montagsabends von 1/2-8-9 Uhr. Wannenbäder i. n. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Pa. Salon-Briketts, à Ctr. 65 Pfg.
Oelsn. Knorpel-Kohle, à Ctr. Mk. 1.20

ab Lagerplatz, beides nur erstklassige Marken, verkauft, um die Abschlüsse schnell abzuschließen ca. 200 Tropf-Way. bis auf Wider-

Albert Heimann, Kohlenhandlung

Leipzig-Knustadt, Äussere Tauchaer Str. 19.

Kaffee-Services
ff. bemalt, für 6 Personen
Mk. 4-, 4.50, 5-, 5.50, 6-, 6.50, 7-, 7.50, 8- und höher.

Große Auswahl. Stets Neuerungen.

Erich Schlegel

Hainstr. 16/18. [10248]

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögl. f.

Zärt. 20 Pfg., Dgg. 2-60 Mt., hoch.

Sommerkübel, 5 Pfg. 1.10 Mt., Ctr. 10 Mt.

alle Sorten pr. Vogelkutter, Kat. Goldfische 10 Pfg. empf. Max Kraft, Postf. 18.

SLUB
Wir führen Wissen.